

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskasse Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Freitag, den 22. Mai 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 19. Mai.

93. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Fehr, von Marschall und Dr. Kaiser.

Präsident v. Buol eröffnet um 1 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Nachtragsetat für Südwestafrika.

Kolonialdirektor Dr. Kaiser motivirt die Nachtragsforderung von zwei Millionen Mark mit der Verklärung der Schutztruppe um 400 Mann, damit der Aufstand der Nama's-Pottentotten unter den Eingeborenen des Schutzgebietes nicht an Ausdehnung gewinne. Es drohe nun aber, ähnlich wie im Natabeleland bereits geschehen sei, Gefahr auch für das Leben der Weißen. Die näheren Gründe für diesen Aufstand seien nicht ganz klar. Es sei möglich, daß vielleicht Nachrichten über den Jambou-Einfall und die Nachrichten aus Abessinien ermunternd auf den Aufstand gewirkt haben. Die vorliegende Forderung sei möglichst sparsam aufgestellt. Die Schutztruppe würde mit dieser Verklärung zusammen etwa 1200 Mann zählen und dürfte wohl zur Unterdrückung des Aufstandes genügen, auch um die Ruhe später aufrecht zu erhalten. Uebrigens verpöchte die Kolonie noch gute Entwicklung, es seien dort neue Guaniaslager entdeckt worden. Auch deutsches Kapital beginne sich zu betheiligen. Die Unterfütterung der Kolonie liege nicht nur im kolonialpolitischen, sondern auch im allgemein politischen Interesse.

Richter (Fp.): Es fracht wieder einmal in unseren Kolonien. Wischmann ist auf Urlaub und es ist zweifelhaft, ob er wieder nach Deutschostafrika zurückkehren wird. Jetzt bricht dieser Aufstand los. Wir sollen für Südwestafrika 2 Millionen ausgeben und dabei scheiterte in Preußen das Lehrerbeförderungsgesetz, weil der Finanzminister sich weigerte, 1 1/2 Millionen aufzuwenden. Wir haben schon 6-7 Millionen für Südwestafrika ausgegeben, am Ende des Etatsjahr werden es 10 Millionen sein. Wenn wir die Berichte der Regierung über Südwestafrika durchgehen, so finden wir ein großes Päckel amtlicher Illusionen (Heiterkeit). Erst kam Herr Lüderitz; er verachtete später; dann wurden uns Goldklumpen gezeigt, die Goldminen sind verfauldet; dann kam die Schafzucht, es ist auch nichts dabei herausgekommen. Die Anführer sind Leute, die an den Soldaten etwas verdienen wollen, die Kolonie blüht, so lange die Schutztruppe vergrößert und aus Reichszuschüssen erhalten wird. Das sind keine wirtschaftlichen Unterlagen für die Erhaltung eines Landes, das noch 60 pCt. größer ist als das Deutsche Reich. Bis jetzt ist keine Aussicht auf bessere wirtschaftliche Entwicklung, sondern nur auf vermehrte Reichszuschüsse und größere Verwicklungen vorhanden. Ich meine, man sollte nicht weiteres Geld in Südwestafrika hineinstecken und die ganze deutsche Verantwortlichkeit dort aufgeben. Unsere nationale Ehre ist dort nicht verpfändet. Ein wirtschaftliches Unternehmen, das nicht rentirt, giebt man auf. Missionen haben dort schon vorher bestanden, sie sollen sogar erfolgreicher gewirkt haben, als unter der deutschen Herrschaft. Wir können im Interesse der deutschen Steuereinzahler die Ausgabe nicht bewilligen. Die Pottentotten und ihre sämtlichen Bundesbrüder sind keine deutschen Schuß Pulver werth. (Beifall links.)

Graf v. Arnim (R.): Mit seiner abspredhenden Rede erreichte Abg. Richter nur, daß das deutsche Kapital sich noch schwerer einschließen werde, als bisher, sich an der Kolonisierung zu betheiligen. Die Kolonie sei thatsächlich entwicklungsfähig. Das Nationalgefühl des deutschen Volkes werde sich hoffentlich aufbäumen gegen den Gedanken, daß eines Tages Südwestafrika in einer Auktion unter den Hammer kommen sollte.

Staatssekretär Freiherr von Marschall macht auf eine Frage des Vorredners Mittheilungen über den Vorfall in Hongkong, wo der Kapitän und der Schiffsarzt des deutschen Dampfers „Hohenzollern“ zu einer Zuchthausstrafe von 3 resp. 4 Monaten verurtheilt wurden, weil sie trotz eines Verbots eine Befestigung betreten hatten. Diese Strafe ist in eine Geldstrafe umgewandelt. Nähere Nachrichten sind noch nicht eingetroffen.

Prof. Basse (R.): Wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß Deutsch-Südwestafrika dem Reiche erhalten bleiben muß. Förster-Kentzlin (Antif.): Wir müssen die Vorlage bewilligen, da wir die Dringlichkeit der Forderung als bewiesen ansehen müssen.

Prinz v. Arenberg (B.): Wir erkennen die politische Zwangslage an, in der wir uns befinden. Es müssen besondere Maßregeln ergriffen werden, um mit diesem System zu brechen. Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir dieser Vorlage zustimmen.

Graf Limburg-Stirum (R.): Von allen bisherigen Kolonialvorlagen ist mir diese die sympathischste, weil Südwestafrika die werthvollste Kolonie ist. Doch werden wir, wenn wir sie nicht aufgeben wollen, eine Eisenbahn von der Küste in's innere Land bauen müssen.

Richter (Fp.): Der Abg. Förster meinte, man solle das überflüssige Menschennaterial nach Südwestafrika schicken. Warum schicken denn die Herren nicht ihre Parteigenossen hinüber? Südwestafrika ist ja doch wohl judenrein. (Heiterkeit) Also immer wieder! Würde das Kapital in dieser Kolonie wirtschaftliche Vortheile erblicken, so würde es sich durch Parlamentsreden nicht davon abspredken lassen. Herr Graf Limburg-Stirum spricht schon davon, eine Eisenbahn aus Reichsmitteln zu bauen. Die Herren haben ja genügend Kapitalisten unter sich. Wogen die das doch aus eigenen Mitteln thun.

Graf Arnim (R.): Südwestafrika ist so groß, daß ohne großen Aufwand an Zeit und Geld seine Reichthümer nicht entdeckt werden können.

Förster (Antif.): Die nicht perennirenden Fische von Süd-

westafrika sollten durch große Stauvorrichtungen perennirend gemacht werden. Was den Vorschlag des Abg. Richter betrifft, so sind unsere Gegner, das Allervolksvolk, ja auch schon auf den südafrikanischen Diamantenfelder zahlreich vorhanden. (Abg. Richter ruft: Sie sollen ja lieber gehen)

Damit schließt die Diskussion. Da ein Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission nicht gestellt ist, so tritt das Haus sofort in die zweite Lesung ein. In dieser wird der Nachtragsetat debattirt bewilligt. Der Präsident beraumt darauf für heute Nachmittag 4 Uhr eine Sitzung an mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Nachtragsetats.

Darauf gelangt zur Verathung der Abgabentarif des Nord-Ostseeanals in dritter Lesung.

Fehr (R.) empfiehlt Streichung des Zuschlages von 25 pCt. im Winter, wo der Kanal die größte Bedeutung habe. Je einfacher der Tarif ist, um so größer der Erfolg.

Staatssekretär v. Büttcher: Wir haben den Zuschlag von 25 pCt. im Winter angelegt, weil da die Kanalverwaltung größere Kosten aufwenden hat, um den Verkehr aufrecht zu erhalten, als im Sommer. Im Suezkanal ist die Frequenz erst gewachsen, als die Tariffäge erhöht wurden.

Dr. Fahn (witbl.) tritt im Interesse der deutschen Küsten-schiffahrt für nicht zu billige Tarife ein. Den niederländischen Schiffen dürfen tarifliche Vergünstigungen nicht zu Theil werden.

Staatssekretär v. Büttcher: Der Kanal soll allen Nationen neidlos zur Verfügung stehen, so wurde in der Eröffnungsproklamation verkündet. Eine differentielle Behandlung der niederländischen Flagge wäre eine Feindseligkeit gegen Holland, die nicht angeht.

Nach kurzer unwesentlicher Debatte wird der Abgabentarif für den Nordostseeanal nach den Beschlüssen der zweiten Lesung auch in dritter Lesung angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Ohne Debatte wird die Wahl des Abg. v. Dziembowski. Vomst entsprechend dem Antrag der Wahlprüfungskommission beanstandet.

Die Wahl des Abg. v. Bismarck-Schönhäuser wird für gültig erklärt.

Per Akklamation wird Abg. Schall (R.) zum Mitglied der Reichsrechnungskommission gewählt.

Auf Antrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wird die Verathung über die Frage, ob das Mandat des Abg. Köhler (Antisemit) fortzubehalten soll, von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß dreidreiviertel Uhr.

Berlin, 19. Mai.

94. Sitzung.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung Nachmittags um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe v. Büttcher, Dr. Kaiser.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika, der ohne Debatte angenommen wird.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident von Buol schlägt vor, die nächste Sitzung am Dienstag, 2. Juni, Nachmittags 2 Uhr, abzuhalten, mit der Tagesordnung: 1) Nachtragsetat für Neu-Guinea. 2) Handelsvertrag mit Japan. 3) Dritte Lesung des Depotgesetzes.

Ein Widerspruch erfolgt nicht. Es bleibt bei der Festsetzung des Präsidenten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Otto v. Camphausen †. In der Nacht zum Montag ist der ehemalige Finanzminister Camphausen in Berlin im Alter von 83 Jahren gestorben. Er war zu Hanzshoven am 21. Oktober 1812 geboren und war gleich seinem älteren Bruder Rudolf, dem 1848er Finanzminister Preußens, ein eifriger und energischer Vertreter der Interessen des großkapitalistischen Bürgerthums, wie es sich in Rheinland-Westfalen entwickelt hatte. Industrie, Großhandel, Bankokratie waren die Angelpunkte seiner Wirksamkeit, die Mitherrschschaft der Bourgeoisie sein Ziel. In den vierziger Jahren war er Beamter im preußischen Finanzministerium, wurde 1849 Mitglied der zweiten Kammer, 1850-1852 des Erfurter Volkshauses und schloß sich der gemäßigt-liberalen Partei an. 1854 wurde er Präsident der preuß. Seehandlung und am 26. Febr. 1868 Finanzminister. Die Milliardenära, die der Krieg von 1870-1871 für Deutschland und in erster Reihe für Preußen herbeiführte, hob ihn auf die Höhe seines Ruhmes; er wurde der gefeierte Staatsmann des gründenden, jobbernden, Millionen einheimisenden Unternehmertums aller Schattirungen, der Förderer gewinnreicher kapitalistischer Unternehmungen, der Abgott der Rentiers, der Aktionäre, der Spekulanten. Camphausen war Bismarcks, des damaligen Freihändlers, rechte Hand, sein Vertrauensmann und Stellvertreter, den die „kleine, aber mächtige Partei“ der Ultrakonservativen, die späteren Deklaranten der „Kreuzzeitung“ bitterlich haßten. In der „Kreuzzeitung“ bitterlich haßten. In der „Kreuztg.“ erschien 1875 jene von Perrot verfaßte Artikelreihe: Die

Aera Bleichröder-Camphausen-Delbrück, die Camphausen und seinen Kollegen Delbrück der Theilnahme an Gründerspekulationen bezichtigte. Damals sprang Bismarck für die Angegriffenen ein und erklärte am 9. Februar 1876 im Reichstage, Jeder, der die „Kreuztg.“ halte und bezahle, betheilige sich indirekt an der Lüge und Verleumdung, deren sie sich 1875 gegen die höchsten Beamten des Reichs schuldig gemacht habe; wogegen die Blüthe der ostelbischen Junkerschaft in jener berufenen Erklärung, veröffentlicht in der „Kreuztg.“ im Februar 1876, protestirte.

Doch allmählich änderte sich die Sachlage, der Junker und Industrielle Bismarck, der aus einem kleinen Ritter mit wenig Aren und Halmen Papiermüller und Großgrundbesitzer auf hoher Stufenleiter geworden war, bekehrte sich zu den Schutzkolleiden, die Sterbestunde des Freihandelsregiments sollte bald schlagen. Dem Kanzler, der es stets verstanden hat, ihm unbecquem Gewordene wegzunehmen, fiel es nicht schwer, sich des einst so hochgeschätzten Kollegen zu entledigen. Er ließ alle Minen springen; am 22. Februar 1878 kam es zu einer Differenz zwischen Bismarck und Camphausen über die Tabaksteuer. Diesen Anlaß benutzte Camphausen, um seinen Abschied zu ersuchen, den er am 23. März 1878 erhielt.

Seitdem war er ein stiller Mann. Nur einmal noch, als er später im Herrenhause die Finanzpolitik der Regierung bekämpfte, gerieth er scharf mit Bismarck zusammen, der ihn beschuldigte, das Land „ausgepowert“ zu haben und seine Opposition als unschicklich bezeichnete. In Camphausen ist einer der gewandtesten Sachwalter des mobilen Kapitals zur Rüste gegangen.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch setzte am Dienstag die Verathung des Erbrechts fort. § 1905 lautet: „Gesetzliche Erben der fünften Ordnung sind die entfernteren Voreltern des Erblassers. Der dem Grade nach nähere Vorfahre schließt den entfernteren aus; mehrere gleich nahe Vorfahren erben zu gleichen Theilen.“ Abg. v. Cuny beantragte den Paragraphen zu streichen, Abg. Gröber beantragte folgende Fassung: „Gesetzliche Erben der fünften Ordnung und der folgenden Ordnungen sind die entfernteren Voreltern des Erblassers und deren Abkömmlinge. Der dem Grade nach nähere Vorfahre und dessen Abkömmlinge schließen den entfernteren und dessen Abkömmlinge aus; mehrere gleich nahe Vorfahren und deren Abkömmlinge erben zu gleichen Theilen.“ Abg. v. Cuny machte geltend, die Zulassung der entfernteren Verwandten des Erlasses über dessen Urgroßeltern und deren Abkömmlinge hinaus zu gesetzlichen Erben fünfter Klasse habe keine innere Berechtigung. Abg. Gröber bestritt diese Auffassung. Es entspreche dem richtigen Prinzip, eher die entferntesten Verwandten zur Erbschaft zuzulassen, als den Staat. Der Vertreter der sächsischen Regierung bemerkte, die in § 1905 gegebene Bestimmung habe wesentlich den Charakter einer Pietätsvorschrift. Der Antrag Gröber führte die Erbschaftsberechtigung zu einer unabsehbaren Ausdehnung. Der bayerische Regierungsvertreter ist der Ansicht, daß das unbefchränkte Verwandtenerbrecht der modernen Rechtsauffassung nicht entspricht. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Gröber mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. — Auf Antrag v. Cuny gelangte sodann folgender neue § 1939 a zur Annahme: „Familienangehörige des Erblassers, die bis zu seinem Tode in häuslicher Gemeinschaft mit ihm gelebt haben und von ihm unterhalten worden sind, sind befugt, bis zum dreißigsten Tage nach seinem Tode in dem Gebrauche der Wohnung und des für sie notwendigen Hausraths zu bleiben und den erforderlichen Unterhalt in bisheriger Weise aus dem Nachlasse zu beziehen.“ — Im Uebrigen wurden die ersten acht Abschnitte des Erbrechts unverändert angenommen.

Die Antisemiten rühmen sich in ihren Agitationsreden auf dem Lande stets ihrer Abwehr von Steuerbelastungen auf nothwendige Lebensmittel. In schneidendem Widerspruch hiermit steht das Verhalten der Antisemiten bei der Zuckersteuer vorlage. Von der deutschsozialen Partei stimmten, nach der „Frk. Btg.“ die Abgg. Dr. Förster, Graefe, Lieber (Meißen), Liebermann v. Sonnenberg, Lohse, Müller (Waldeck), Vielhagen für die Vorlage, während die Abgg. Bindewald, Hirschel, Iskraut, Klemm (Dresden), Köhler, Werner und Zimmermann bei der Abstimmung über dieses Gesetz welches den Zuckerkonsum mit 27 Millionen Mark be-

lastet, durch Abwesenheit glänzten. Ebenso fehlten natürlich bei der Abstimmung die Abgg. Alwardt und Bödel. Sogar bei der Vorabstimmung, als es sich darum handelte, ob im Interesse des Reichsfiskus die Zuckersteuer auf 21 Mark statt auf 20 Mark erhöht werden sollte, stimmten die Abgg. Gräfe, Lieberman v. Sonnenberg, Müller-Walbeck, Bietragen für die höhere Zuckersteuer, blieben aber bekanntlich damit in der Minderheit, weil auch einem Theil der Konservativen diese Verhaftung zu Gunsten lediglich des Reichsfiskus zu weit ging.

Die Auflösung der Berliner Partei-Organisation vor Gericht.

Berlin, 18. Mai 1896.

Dritter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Kaefer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Im Zubehörraum drängt sich Kopf an Kopf eine mehr als hundertköpfige Menge.

M. A. Herzfeld beantragt die Vernehmung des Reichstags-Abgeordneten Stadthagen. Er soll bekunden, daß eine Versammlung, in der über angeblich unsittliche Handlungen Stadthagen's verhandelt worden sein soll, nicht stattgefunden hat. Rechtsanwält Heine fügt hinzu, Stadthagen werde bekunden, daß die Versammlung, deren Inhalt so gedeutet worden ist, wie es Herr Schöne gethan hat, einen ganz andern Inhalt gehabt hat. Die Befundung wird ergeben, daß die politischen Berichte sehr unzuverlässig sind und auf Kombinationen und Vermuthungen beruhen.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung über den Beweis-antrag zurück und verkündet, daß er sich den Beschluß, ob Stadthagen zu vernehmen sei, vorbehalte bis nach der Vernehmung des Kriminalkommissars Schöne, die nun erfolgt.

Vor.: Können Sie uns nun heute einzelne bestimmte Fälle über die sogenannten geheimen Versammlungen nennen? — Zeuge: Jawohl. Am 6. Dezember 1894 ist mir berichtet, daß in der Lindenstr. 10 eine geheime Versammlung abgehalten worden, in der über Arbeitslosen-Versammlungen Beschluß gefaßt worden ist. Diese Arbeitslosen-Versammlungen haben am 18. Januar 1895 stattgefunden. Eine andere Versammlung hat im Februar 1895 in der Stallschreiberstraße stattgefunden und dort ist beschlossen worden, Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer abzuhalten, die denn auch thatsächlich stattgefunden haben. Am 3. März 1895 hat in der Bülowstraße 95 eine Versammlung sich mit der Herausgabe der rothen Märznummer beschäftigt. Es ist uns daraufhin auch gelungen, einen Theil dieser Nummer zu beschlagnahmen. In der Versammlung in der Stallschreiberstraße ist übrigens auch der Angeklagte Pfannkuch zugegen gewesen. Am 4. September 1895 hat eine geheime Versammlung Lindenstraße 6 getagt, die sich mit der Vorbereitungen der Delegirtenwahl zum Parteitag beschäftigt hat. Die Wahlen haben dann thatsächlich stattgefunden. Im Januar 1895 handelte es sich in einer in der Firtenstraße 10 abgehaltenen Versammlung um den Ausschluß des Restaurateurs Goldschke.

Dieser Ausschluß ist in der nächstfolgenden Generalversammlung auch erfolgt. — M. A. Heine: Wissen Sie näheres über die in den Alleen als geheime Versammlung angegebene, die am 5. September Dranienstraße 51 stattgehabt haben soll? — Zeuge: Ich entsinne mich so speziell nicht. — M. A. Heine: Es soll sich um die Angelegenheit Bogtherr gehandelt haben. — Zeuge: Ich entsinne mich nicht. — M. A. Heine: Dann konstatire ich, daß diese Versammlung in der Dranienstraße 51, die Sie als eine geheime über-wachen ließen, eine öffentlich angemeldete gewesen ist, die auch im „Vorwärts“ angezeigt war. — Polizeiwachmeister Diener meldet sich und sagt, im Anschluß an die öffentliche Versammlung fand die geheime Versammlung statt. — Angeklagter Dreßler erklärt, die Versammlung, die die Angelegenheit Goldschke behandelt habe, war eine gewöhnliche Vorstandssitzung des 5. Wahlvereins. — Angekl. Bebel bittet, den Kommissar Schöne zu fragen, ob die Polizei verlangt, daß alle Vorstandssitzungen öffentlich gewählter Vorstandsmitglieder polizeilich angemeldet werden.

— Vor.: Herr Kommissar, halten Sie die Vorstandssitzungen für geheime Versammlungen? — Zeuge: Das kommt darauf an, was verhandelt wird. — Vor.: Müssen alle Vorstandssitzungen polizeilich angemeldet werden? — Zeuge: Nein, das wird wohl nicht verlangt. (Bewegung im Zubehörraum. Der Vorsitzende droht mit der Räumung der Tribüne.) — Angekl. Bebel: Dann meine ich, geht es aber nicht an, die Vorstandssitzungen als geheime Versammlungen anzusehen. — Angekl. Auer konstatirt, daß die rothe Märznummer im Zweifelsdunkel und sehr hoher Auflage gedruckt worden ist. Es ist schon technisch unmöglich, diese Auflage in der Zeit vom 3. bis 16. März, wo diese Nummer beschlagnahmt ist, herzustellen. Ich will weiter feststellen, daß die Beschlagnahme der Märznummer erfolgt ist, nachdem das Pflichtexemplar am 15. März beim Polizeipräsidium eingereicht war.

Vor.: Ist das so Herr Kommissar? — Zeuge: Ich kann es wirklich nicht ganz genau sagen. — Der Vorsitzende fragt nun den Zeugen nach der Versammlung, wo der Fall Stadthagen verhandelt worden ist. Der Zeuge erzählt, es sei ihm vertraulich berichtet worden, daß über Stadthagen die zwei Frauen Melch und Gerndt Beschwerde geführt haben sollten. Vertrauensmann Frey sei beauftragt worden, noch nähere Erkundigungen einzuziehen. Rechtsanwält Heine: Ist es nicht möglich, daß die Informationen Ihres Vertrauensmannes über diese Angelegenheit auf Notizen beruht, die der „Sozialist“ über Stadthagen gebracht hat? — Zeuge verneint dies. — Rechtsanwält Heine: Warum soll es denn nicht möglich sein, daß man Ihnen als geheim meldet, was schon vorher im „Sozialist“ gestanden hat?

Angekl. Bebel: Der Zeuge hat am Sonnabend gesagt, daß bei den Kopore-Versammlungen auch Mitglieder der Parteileitung zugegen waren. Ich frage ihn jetzt, nachdem er seine Notizen nachgesehen hat, welche Mitglieder des Parteivorstandes dabei waren? — Zeuge: Ich kann mich auf den einzelnen Fall nicht befinden, das ist doch gar nicht denkbar. Wir sind vertrauliche Mittheilungen zugegangen, aber direkte Angaben kann ich nicht machen. — Angekl. Bebel: Ich konstatire aber, daß diese Behauptung eine Anklage gegen uns ist. — Vor.: Sie hören aber, daß der Zeuge keine Auskunft geben kann. — Angekl. Bebel macht darauf aufmerksam, daß Kommissar Schöne am Sonnabend gesagt hat, die Mitglieder der geheimen Kopore vertheilten Flugblätter und fragt ihn: Ist Ihnen nicht bekannt, daß im „Vorwärts“ sehr oft Aufforderungen an Genossen stehen, in denen diese zum Flugblattvertheilen aufgefodert werden? — Zeuge: Jawohl. — Angeklagter Bebel: Ist Ihnen nicht weiter bekannt, daß die Sitzungen der Preschkommission stets im „Vorwärts“ angezeigt waren, damit sich die Beschwerdeführer rechtzeitig melden und einfinden konnten? — Zeuge: Jawohl. — Angeklagter Bebel: Und doch bezeichnen Sie die Sitzungen als geheime? Herr Präsident, das ist doch mehr als merkwürdig. — Rechtsanwält Heine: War Ihnen der Inhalt der Märznummer schon vorher bekannt? — Zeuge: Jawohl, ich habe schon vorher ein Exemplar gehabt. — Rechtsanwält Heine: Also Herr Kommissar, Sie geben zu, daß auch auf Ihren Redaktionsstisch Zeitungen fliegen, die noch nicht ausgegeben sind. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Legen Sie nun noch Werth auf die Vernehmung des Herrn Stadthagen? Rechtsanwält Herzfeldt? Ich halte den Antrag aufrecht.

Der Gerichtshof beschließt den Beweisanzug und die Vernehmung des Abg. Stadthagen abzulehnen.

Rechtsanwält Heine beantragt aus dem Korrespondenzblatt des Bundes der Landwirthe einen Passus zu verlesen, der von der Beitragszahlung an die Vertrauensleute handelt. Die Verlesung geschieht und es ergibt sich, daß der Bund der Landwirthe eine weit verzweigte Organisation unterhalten, an der Vereine, Vertrauenspersonen und Rentkassen theilhaftig sind.

Angeklagter Gerlich überreicht eine Karte, die die Eintheilung der Distrikte enthält, welche den Mitgliedern der Agitationskommission zugestellt waren. Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Es folgen die Plaidoyers.

Staatsanwalt Schweigger: Es ist mit der Schließung der Organisation zum ersten Male in das Leben einer Partei eingegriffen worden, die nach der Ueberzeugung der künftl. Staatsanwaltschaft mit dem preussischen Vereinsgesetz in Konflikt gekommen ist. Dem Prozesse ist eine gewisse politische Bedeutung beigelegt worden und so weit die Rechtsfrage in Betracht kommt, ist das auch richtig. Unrichtig ist es, daß die Staatsanwaltschaft hier einen parteipolitischen Prozeß eingeleitet hat. Es ist eingewendet worden, daß andere Parteien dieselben Organisationsformen unterhalten. Ich erkläre, die Staatsanwaltschaft ist streng objektiv beflissen, dem Gesetze Genüge zu verschaffen und sie wird gegen andere Parteien ebenso einschreiten, wenn sie in die Lage kommt, sich amtlich mit der Frage zu beschäftigen. Hier ist ihr das Material überreicht worden und es ist gewissenhaft geprüft worden. Der Nebenkläger legt seinen weiteren Ausführungen die rechtsgerichtliche Auffassung über den Begriff des Vereins zu Grunde. Ein Verein sei danach jede Vereinigung mehrerer Personen zu gleichen Zwecken mit gleichen Rechten. Er bezeichnet auch den Partei-Vorstand als Verein; er sei nicht etwa der Vorstand des Vereins, denn man habe aus praktischen Gründen absichtlich Abstand genommen von einer Bildung eines die ganze Partei umfassenden Vereins. Es sei eingewendet, daß jedes politische Leben lahm gemacht werde, wenn die Leitung nicht mit den einzelnen Vereinen in Verbindung treten könne; das sei aber kein juristischer Einwand, sondern eine politische Zweckmäßigkeitsfrage. Für einen politischen Verein halte er auch die Preschkommission, denn sie habe über den lokalpolitischen Theil des „Vorwärts“ zu entscheiden gehabt, also sich mit politischen Dingen beschäftigt. Zweifelhaft sei, ob die Lokalkommission ein politischer Verein sei, er gebe in dieser Beziehung die Entscheidung dem Gerichtshofe anheim. Was nun das preussische Vereinsgesetz betrifft, so dürfe man nicht vergessen, daß dasselbe aus einer Zeit her stammt, wo das politische Leben noch sojuzogen in der Wiege lag, und damals konnte noch durch eine leichte Nahrung das neugeborene Kind befriedigt werden. Jetzt allerdings ist das Kind herangewachsen und verlangt recht laut nach einer anderen Nahrung. Aber der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Gesetze aufrecht erhalten werden, und wenn das Kind sich selbst die Nahrung nehmen will, so sind die Behörden verpflichtet, dem unartigen Kinde auf die Finger zu klopfen. Der Staatsanwalt fährt fort, daß er auch die Vertrauensmänner für einen Verein halte, und zwar sollten sie lediglich die Umgehung des Vereinsgesetzes ermöglichen, eine Verbindung zwischen dem Vorstand und den Wahlvereinen herstellen. Die Verbindung sei durch die Geldübermittlung der Vereine an die Parteileitung durch die Vertrauensmänner erfolgt. Es sei festgestellt, daß die Vertrauensmänner für die Wahlvereins- und andere Gelder eine gemeinsame Kasse geführt haben, die Gelder nicht getrennt verwaltet haben. Deshalb ist die Verbindung juristisch da. Die angeklagten Mitglieder des Vorstandes bestritten, gewünscht zu haben, daß in den Geldern Wahlvereinsgelder enthalten waren. Das ist ihre Schuld, sie hätten sich darum kümmern können. Es ist weiter festgestellt, daß der Angekl. Gerlich die Agrarkommission eine Summe Geldes überwiesen hat. Die Agrarkommission ist unbedingt ein politischer Verein, das Inverbindungsretren zweifellos festgestellt. Der Bemerkung, „der neuen Parteileitung überwiegen“, den der Abg. Singer auf das Gesicht des Vereins in Fortwangen geschrieben hat, beweist die Verbindung zwischen dem Verein Fortwangen und der Parteileitung. Die Mitglieder des Vorstandes haben an Sitzungen der Preschkommission theilgenommen. Kommt der Gerichtshof zur Ueberzeugung, daß die Preschkommission ein politischer Verein ist, dann ist die Verbindung gegeben. Hoch ist Obmann der Preschkommission, er hat die Sitzungen geleitet. Die Agitationskommission ist ein politischer Verein, sie hat ihre Sitzungen angemeldet, Dimnick war Obmann, denn er hat Anrufe der Kommission unterschrieben. Die Lokalkommission ist erwiesenermaßen mit auswärtigen Lokalkommissionen in Verbindung getreten. Ich komme zu dem Verein der Vertrauensmänner. Die Vertrauensmänner hatten eine große Bedeutung, sie überragten sogar die Bedeutung der Wahlvereine. Die Anklage hatte angenommen, daß die Vertrauensmänner unter sich einen Verein bildeten. Ich muß zugeben, daß die Verhandlung am Freitag und Sonnabend nicht erwiesen hat, daß dieser Verein existirt. Ich glaube dadurch die Sache sehr zu vereinfachen. Ich stelle aber fest, daß ich das Institut der Vertrauenspersonen für ungeschieden halte, wenn ich es auch nicht für erwiesen erachte, daß die Vertrauensmänner Berlins einen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes gebildet haben, und bin der Ueberzeugung, wenn es so weiter ausgebaut wird, daß man zur Annahme der Bildung eines Vereins kommen wird. Ich will nur noch ein Angelegenheit von allgemeinem Interesse zur Sprache bringen: Die Absendung des Telegramms der Vertrauensleute nach Paris, das ganz Deutschland in Aufregung versetzt hat. Die Gerichtsverhandlung hat ergeben, daß sich der Schankwirth Augustin herausgenommen hat, dieses Telegramm auf eigene Hand abzugeben. Es wird späterhin bei ähnlichen Anlässen notwendig sein, nach der Legitimation zu fragen, ob nicht etwa die Unterschrift wieder unecht ist und unter falscher Flagge als Kontrebande eingeschmuggelt worden ist.

In Bezug auf die beiden Frauen ist die Anklage nicht aufrecht zu erhalten, ich beantrage gegen sie die Freisprechung, ebenso gegen den Angeklagten Meßner, der nur Kontrolleur war, mit der Führung der Parteigeschäfte nichts zu thun hatte. Die Freisprechung der achtzehn Vertrauensleute beantrage ich ebenfalls. Dagegen beantrage ich gegen die Angeklagten Auer, Bebel, Singer, Gerlich und Pfannkuch als Mitglieder der Parteileitung je 150 Mk. Geldstrafe, gegen alle übrigen Angeklagten 100 Mk. Geldstrafe oder für je 5 Mk. einen Tag Haft. Wenn ich nun weiter die Schließung aller Vereine aufrecht zu erhalten beantrage, so läge es nahe, mich in politischen Betrachtungen über die Sozialdemokratie zu ergeben, ich beschränke mich aber auf die beiden Thatsachen, daß erstens das Endziel der sozialdemokratischen Partei der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist. Selbstverständlich haben Staat und alle diejenigen, die mit diesem Ziel nicht einverstanden sind, das lebhafteste Interesse, dagegen Einspruch zu erheben. Zweitens besitzt die sozialdemokratische Partei eine Organisation, wie sie meines Wissens keine zweite Partei besitzt. Die Organisation ist der Stolz der Partei und das Mittel, mit der sie ihre großen Erfolge erzielt. Ich meine, wenn in dieser Organisation Angelegenheiten vorkommen, hat das Gericht die Pflicht, mit Entschiedenheit von den Mitteln, die ihm das Gesetz an die Hand giebt, Gebrauch zu machen. (Schluß folgt.)

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Mai

Ein Reinfall. Vierzig Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigung sollten bekanntlich während des Friedensfestes in Frankfurt a. M. vorgenommen sein. Meist alle bürgerlichen Blätter sowie auch andere Parteizeitungen — darunter auch wir — brachten die Notiz, um sie dann zu dementiren. Einige Tage nach der ersten Notiz

war nun in den „Lübeckischen Anzeigen“ und anderen hiesigen Zeitungen folgende Mittheilung Frankfurter Polizeiverichts zu lesen:

„Die Frankfurter sozialdemokratische „Volkstimme“ bringt die Mittheilung, daß während der Friedensfeierstage Verhaftungen wegen „angeblicher“ Majestätsbeleidigungen stattgefunden hätten. Dieser auscheinend tendenziösen Mittheilung gegenüber verdient festgestellt zu werden, daß in der erwähnten Zeit auch nicht eine einzige solche Verhaftung oder Anzeige stattgefunden hat, der Artikel also von Anfang bis Ende erfunden ist. Die Absicht, einen nachträglichen Mißklang in die öffentliche Stimmung verlaufenen Festlichkeiten zu bringen, ist unfehlbar.“

Das Beste an der ganzen Geschichte ist nun aber, daß nicht die sozialdemokratische „Volkstimme“, sondern das nationalliberale „Frankfurter Journal“ die erste Nachricht gebracht hat. Nun muß sich das staatsverhaltende Blatt den allerdings an die sozialdemokratische Adresse gerichteten Vorwurf gefallen lassen, „einen nachträglichen Mißklang in die öffentliche Stimmung verlaufenen Festlichkeiten zu bringen.“ Und etwas von der Polizeibehörde und den Blättern der einen Partei! Werden übrigens die „Lübeck. Anz.“ den Zeitberichtigten und das sozialdemokratische Blatt von dem Vorwurf, in tendenziöser Weise eine falsche Nachricht in die Welt gesetzt zu haben, reinigen? Wir zweifeln. Es ist nun einmal nationalliberale Sitte, Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit eins aufzuhängen. Uebrigens ist auch das Dementi der Frankfurter Polizei unrichtig. Wie unser Frankfurter Parteiorgan mittheilen haben in der That in jenen und vor jenen Tagen Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigung stattgefunden. Wünscht sich das Frankfurter Polizeipräsidium und die übereifrigen nationalliberalen Zeitungsgewister noch einen größeren Reinfall?

us. Der Verein Lübecker Journalisten und Schriftsteller veranstaltete gestern im „Wilhelm-Theater“ eine Aufführung von Ibsens Familien-drama „Gespenster“.

Der Besuch der Vorstellung ließ trotz der angestrengten Anstrengung zu wünschen übrig. Die Darbietungen der Darsteller — Mitglieder der Sommerbühne des Wilhelm-Theaters — wurden recht beifällig aufgenommen. Ueberraupt war die Vorstellung abgerundet und machte den Eindruck sorgfältiger Vorbereitung. Sämmtliche 5 Personen, welche bei der Aufführung mitwirkten, ließen sich angelegen sein, nur ihr Bestes zu geben. Einer besonderen Erwähnung bedürfen Jeanette Demme (Helene Alving) und Heinrich Schmidt (Oswald). In der letzten Szene des 3. Aktes war Herr Schmidt gerade grandios.

Kochische Schiffsverft. Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche wurden auf der hiesigen Verft ca. 37 Arbeiter entlassen. Genannte Arbeiter standen zum größten Theil unter Aufsicht des wegen seines barschen Wesens gerade nicht allzu sehr beliebten Meisters Kahl. Ueberraupt erscheint noch, daß man oben genannte Arbeiter unter dem Vorwande, es sei Arbeitsmangel, entlassen die übrigen dort beschäftigten Leute aber weg zu viertel Arbeit 4 Tage in der Woche, jeden Abend von 6 bis 8 Uhr, mithin 2 Stunden, überarbeiten läßt. Es so den Anschein, als wolle sich die Verft allmählich an Arbeiter entledigen, die an der Maifeier theilgenommen haben. Arbeiter, seid auf der Hut!

Aus der Geschichte und Wirksamkeit des hiesigen Gewerkschaftskartells. Das Gewerkschaftskartell wurde am 7. März 1893 gegründet. Es gehörten demselben beim Begründung 20 Gewerkschaften an; im Laufe des Jahres schlossen sich 10 die Formier und Zimmerer, im Jahre 1894 die Fäher, Buchdrucker und Glaser, im Jahre 1895 die Buchbinder, Lithographen, Galanteriearbeiter und Fließschiffer an. Ausgeschlossen sind im Laufe der Zeit wieder die Buchdrucker, Glaser und Tapeziere, letztere beide Gewerke wegen Auflösung der betreffenden Organisationen. Dessen ungeachtet sind die Kartell'schen Gewerkschaften während des Zeitraumes vom 7. März 1893 bis zum Schluß des Jahres 1895 38 Mal zusammengetreten. Das Kartell richtete hauptsächlich sein Augenmerk auf die Beschäftigung der noch nicht organisierten Arbeiter zu den einzelnen Gewerkschaften, so z. B. bei den Barbieren, Kellnern, Schlachtern, Ziegelei- und Fabrikarbeitern. Der Versuch, die Handelshilfsarbeiter zu organisieren, wurde von vornherein fallen gelassen, weil durchaus keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war. Ebenfalls waren die Bemühungen bei den Kellnern, Schlachtern und Ziegelei- und Fabrikarbeitern vollständig erfolglos. Bei den Barbieren bestand die Vereinigung — ungefähr 6 Monate; diese löste sich jedoch wieder auf. Die Organisation der Fabrikarbeiter hat sich dagegen entwickelt und nimmt noch stetig an Mitgliedern zu. Sie zählte schon mehr als 300 Mitglieder. Weiter wurde vom Kartell eine Beschwerde-Kommission für die in Fabriken beschäftigten Arbeiter eingesetzt, welches sämtliche Uebelstände der Fabriken übermitteln werden sollen. Die Kommission hat auch mit dem Fabrikinspektor in Verbindung gesetzt. Letzterer hat sich versprochen, die Fälle, welche ihm (dem Fabrikinspektor) übermitteln werden, zu prüfen und eventuelle Abhilfe zu suchen. Von den vorgekommenen Streiks ist erwähnenswert der Streik der Brauer auf der Brauerei zur Walkmühle (Wald) im Jahre 1895. Es wurden hierzu von den Arbeitern Abbecks durch Sammel- und Bewilligung fester Summen 1298 Mk. 51 Pf. aufgebracht; Streik kostete 1009 Mk.; der Rest wurde dem Hauptvorstande der Brauer zur Verfügung gestellt. Die ausgebrochenen Differenzen bei den Töpfnern wurden auf gütlichem Wege beigelegt und es zu keiner Arbeitseinstellung. Die Lohnbewegung der Male im Jahre 1895 verlief resultatlos und scheiterte zur Hauptfrage an Verhalten der einzelnen Berufsgruppen. Die Ausprägung der Maurer und Zimmerer seitens des Bundes der Maurer-Zimmermeister wurde schon nach wenigen Tagen zur Beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. — Es wurden zwei Gewerkschafts-Ausschüsse veranstaltet. Dieselben ergaben einen Ueberschuß von 659 Mk. 15 Pf. Hieron wurden die Unkosten für die im November 1895 gefundenen Gewerkschaftswahlen im Betrage von 87 Mk. 1 Pf. gedeckt. Der Rest wurde zu andern Zwecken verwandt. — Gründung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises, welche in der Verft wurde, wurde vertagt. Ebenfalls sprach sich das Kartell (1894) gegen die Einführung eines kommunalen Arbeitsnachweises aus. Weiter wurden von den Arbeitern Lübecks durch Sammel- und Bewilligung fester Summen im Jahre 1895 die streikenden Weber in Frankreich gingen beim Kartell 88 Mk. 60 Pf. ein (einzelne Gewerkschaften haben anßerdem noch Gelder abgefunden); für die streikenden Maurer in Flensburg wurden 15 Mk. für die Bergarbeiter in Berlin 21 Mk. aufgebracht. — Vertrieb von Waimarken, welche vom Kartell ausgegeben wurden.

Im Jahre 1894: 857 Mt., im Jahre 1895: 400 Mt. 68 Pf. bei ist zu bemerken, daß von den gesammelten Beträgen im Jahre die meisten Gewerkschaften die Hälfte der eingelaufenen Beiträge für sich verwenden haben. Diese Beträge wurden der Partei überwiesen. Es ist vielleicht interessant zu erfahren, wie viel ordnungsgemäß und nicht organisierte Arbeiter es bei den im Kartell verordneten Gewerkschaften in Lübeck giebt. Wir lassen deshalb eine Uebersicht (dieselbe ist Ende 1895 aufgenommen) folgen:

	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Zahl der organisierten Arbeiter
1. Banarbeiter	350	145 *
2. Bäcker	120	51
3. Böttcher	50	28
4. Bildhauer	6	4
5. Brauer	30	14
6. Buchbinder	30	17
7. Formner	36	25 *
8. Flußschiffer	40	29
9. Fabrikarbeiter	650	45 *
10. Holzarbeiter	353	288
11. Hafnarbeiter	300	90
12. Höfer u. Kleinhandl.	500	36
13. Graphische Arbeiter	55	22
14. Maler	100	71
15. Maurer	350	275 *
16. Müller	35	23
17. Metallarbeiter	1200	184 *
18. Musiker	85	10
19. Schmiede	210	53
20. Schuhmacher	87	59
21. Schneider	230	145
22. Schiffszimmerer	60	20 *
23. Steinmetzen	12	12
24. Tabakarbeiter	151	96
25. Töpfer	49	26
26. Zimmerer	280	274 *
Summa	5369	2037

Die Gesamtzahl der Mitglieder der dem Kartell angehörenden Gewerkschaften betrug im Jahre 1893: 1948; 1894: 1998; 1895: 2037.

Die mit einem * bezeichneten Gewerkschaften sind in Folge eines glücklichen Konjunktur z. Bt. im Wachen begriffen. Die Durchschnittszahl bei den Zimmerern ist auf den Zugang im Jahre 1895 aus Anlaß der Ausstellung zurückzuführen. Bei den Schiffszimmerern ist zu bemerken, daß gegenwärtig zwei Organisationen in dieser Branche hier bestehen; der Versuch eine Vereinigung herbeizuführen, blieb bis jetzt erfolglos. Eine genaue Angabe, wie viel dem hiesigen Lokalverein angehören, konnte nicht gemacht werden. Die Gesamt-Einnahme vom Jahre 1895 zur Deckung der entstandenen Unkosten betrug 199 Mt. 71 Pf., die Gesamt-Ausgabe 185 Mt. 80 Pf.; es blieb also am Ende des Jahres 1895 ein Kassenbestand von 13 Mt. 91 Pf.

Die Ausstellung einer Arbeitslosen-Statistik ist eine sehr unkonveniente, da 12 Gewerkschaften überhaupt keine Arbeitslosen-Statistik führen.

Bei den Buchbindern war	1 Mitglied	44 Tage	arbeitslos
" " Formern	1	18	" "
" " Holzarbeitern	162	5006	" "
" " Graphischen Arb.	2	36	" "
" " Malern	55	5526	" "
" " Müllern	2	114	" "
" " Schmieden	13	372	" "
" " Töpfern	13	632 1/2	" "
" " Zimmerern	180	2666 1/2	" "

429 Mitglieder haben also im Jahre 1895 einen Ausfall von 445 Arbeitstagen gehabt. Die Schuhmacher und Tabakarbeiter hatten keine Arbeitslosen. Die Flußschiffer arbeiten durchschnittlich 35 Tage im Jahre. Keine Arbeitslosenstatistik führten die Banarbeiter, Bäcker, Böttcher, Brauer, Fabrikarbeiter, Hafnarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Musiker, Schiffszimmerer, Steinmetzen, Schneider. Die Höfer kommen hierbei nicht in Betracht.

Eine bewegliche Viehtrappe für das Entlöschten von Gerwärtz hier eintreffendem inländischen Vieh hat die

Lübeck-Vilchener Eisenbahn angeschafft. Bei dem von Fehmarn hier angekommenen Dampfer „Falke“, welcher 18 Kinder überbrachte, wurde diese fahrbare Rampe zuerst in Benutzung genommen.

Spritsimport. Am Dienstag kam eine volle Segel-Ladung Rohsprit von dem russischen Inselhafen Dagö mit dem russischen Schooner „Vota“, Kapit. Kemely, hier an. Die aus 185 Fässern bestehende Ladung wird am neuen Kai entlöschet.

Kohlenimport. Der Dampfer „Ferrara“ bringt in den nächsten Tagen eine größere Kohlenladung nach hier und wird bei dem Kohlenlager am Einsegel entlöschet werden.

Falsches Geld. Zwei falsche Fünf-Markstücke wurden wiederum beim Polizeiamte eingeliefert. Wie verlautet, soll der Verfasser dieser falschen Falsifikate in Ulm zur Haft gebracht sein.

Der Dampfbagger „Cyclop“ hat am Montag seine Baggerarbeiten in dem tohten Arm bei der Koch'schen Werft beendet und ist nach Dänischburg bugsiert worden, um dort seine Baggerarbeiten wieder aufzunehmen.

Feuer. Ein kleineres Schadenfeuer entstand gestern Nachmittag gegen 6 Uhr im Hause des Kaufmannes Gröper, Kupferschmiedestraße, in einem Zimmer der oberen Etage. Dieses Zimmer wurde als Lagerraum zur Unterbringung von Kinderwagen benutzt. Die Entstehung vermuthet man darin, daß vielleicht ein Kunde, der sich die Wagen ansehen wollte, eine brennende Zigarre weggeworfen hat. Verbrannt und beschädigt sind ca. 4 Kinderwagen und verschiedene sonstige Waarentheile. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr wurde ein weiteres Umsichgreifen verhütet und wurde das Feuer noch in seiner Entstehung erstickt.

Ein Opfer seines Berufes wurde gestern Nachmittag der bei dem Produkthändler Meyer in der Katharinenstraße beschäftigte Vorarbeiter Wehner. Als man damit beschäftigt war, im Auford einen Wagen Eisen zu entladen, wurde dem W. eine Eisenstange so unglücklich gegen das rechte Bein geworfen, daß er einen Bruch desselben erlitt. Der herbeigeholte Arzt Dr. Hinrichsen legte einen Rothverband an und wurde der Verletzte alsdann dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt.

Arbeiterrisiko. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr gerieth in der Fabrik von Thiel u. Söhne dem Stanger Wüller (Müller) der Stempel auf die linke Hand, wodurch einige Sehnen bloßgelegt wurden. Der Verletzte begab sich sofort in ärztliche Behandlung. Wahrscheinlich werden zwei Finger steif bleiben.

Arbeiterrisiko. Auf der Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft klemmten sich Mittwoch Nachmittag zwei Hilfsarbeiter, welche an der Walzmaschine beschäftigt waren, je einen Finger ab.

Eigenthumsvergehen. Der vor einigen Tagen festgenommene Seemann, welcher in Uniform eines Obermaaten der Marine hier Betrügereien verübte, hat, wie sich herausgestellt, in Hamburg auf einem Schiffe 2 Uhren und 1 Paket gestohlen, diese Sachen sofort verpfändet und die Pfandscheine hier verkauft.

Eine Versammlung des Hamburger Gewerkschafts-Kartells, in welcher der Mohr'sche Bohfott zur Debatte

stand, und in welcher sich unsere Hamburger Parteigenossen gegenseitig allerlei Liebenswürdigkeiten sagten, die vielleicht besser unterblieben wären, ist gegenwärtig ein gefundenes Fressen für einzelne bürgerliche Zeitungen. „General-Anzeiger“ und „Eisenbahn-Zeitung“ machen natürlich den Ringelreihen ebenfalls mit. Das ist sehr natürlich: Wo alles liebt, kann Karl nicht hassen. Der betreffende Kartellbericht ist auf dem schmutzigen Boden des „S. F.“ gewachsen. Derselbe entspricht keineswegs der Wahrheit und Wirklichkeit, sondern mischt Wahrheit und Dichtung durcheinander, ergibt aber dadurch eine Art theatralischen Knalleffekt. Es ist nur gut, daß unsere Partei trotz aller solcher lügenhaften Berichte nicht „böter“ wird, sondern quietischvergügt weiter wächst.

Lübecker Getreidepreise.

20. Mai.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund		
Weizen	14 Mt. — Pf. bis 14 Mt. 50 Pf.	
Roggen	11 " — " 12 " — "	
Gerste	11 " — " 11 " 70 "	
Hafer	11 " — " 11 " 50 "	
Erbsen	12 " — " 12 " 50 "	
Weiße Roherbsen	15 " — " 16 " 60 "	
Grüne	15 " — " 16 " 60 "	

Streu- und Viehmarkt.

Hamburg, 20. Mai
Der Schweinehandel verlief gut. Zugesührt wurden 870 Stck., davon vom Norden — Stck., vom Süden — Stck. Preise: Verlandtschweine schwer 39—40 Mt., leichte 41—42 Mt., Satten 32—36 Mt. und Ferkel 39—41 Mt. pr. 100 Pfd.

Zugelcoment und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Mittwoch, den 20. Mai.
8,30 B. Helene, Dahme, von Högens in 3 T.
8,30 B. Danneville, Jansen, von Fehmarn in 1 T.
2,— N. D. Thor, Madjen, von Katskov in 8 St.
Donnerstag den 21. Mai.
3,15 B. D. Dana, Johansen, von Karlskrona in 22 St.
4,20 B. D. Halland, Peterjon, von Kopenhagen in 13 St.
6,40 B. D. Straßund 1, Meyer, von Wismar in 4 St.
8,45 B. Wilhelm, Mohrbauz, von Wismar in 1 T.
Abgegangen.
Mittwoch, den 20. Mai.
12,45 N. Haabet, Hasnussen, nach Karlskrona.
1,30 N. D. Livadia, Wendfeldt, nach Aarhus.
3,35 N. D. Dänion, Trisberg, nach Naumo.
7,20 N. D. Gauthiod, Rydell, nach Stodholm.
7,45 N. D. Lübeck, Hultmann, nach Kopenhagen.
9,30 N. D. Kanonenboot, Riffen, nach Flensburg.
11,30 N. Helene, Winter, nach Heiligenhafen.
11,30 N. Wilhelmine, Larsen, nach Dahme.
Donnerstag den 21. Mai.
4,— B. Den Unga Lods, Mattsen, nach Halmstad.
5,— B. Enigheden, Christensen, nach Baborg.
5,— B. Charlotte Sophie, Westergaard, nach Horsens.
6,45 B. Marschantie, Nielsen, nach Neustadt.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 6,38 m SW., schwach.
Schiffsbewegung in der Döfse.
D. Elita ist am 19. Mai von Vibau nach Riga abgegangen.
D. Elita ist am 20. Mai in Riga angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksbote inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Rudolf Austen to sin' Geburtsdag am 21. Mai ein 9999999 Mal dummerndes Hoch, dat ge ganze Keesertraat wackelt. Vor Allen aber wünschen wir: Lieb ein Fäßchen Lagerbier! Rudolf, laße Dich nicht lumpen Und sollst Du gleich einen Taler pumpen. Din Grün!

Für die uns bei der Beerbigung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Maria Margaretha Glau**, geb. Moll

Bewiesene Theilnahme, sowie für die reichen Kranzpenden sagen Allen hiermit unsern herzlichsten Dank. **Die Hinterbliebenen.**

Gefunden eine Pferddecke. Abzuholen gegen Erstattung der Insertionskosten. **Bedergrube 68.**

Verloren eine Knabenweste. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung Untertrape 66 abzugeben.

Empfehle billigt fettes Kalbfleisch, Kalbsbraten u. Kalbskarbonade, besonders schön. **Prima rohen Schinken im Auschnitt pr. Pfd. Mt. 1.40. M. Labrtz, Böttcherstraße.**

Auction!
am Freitag den 22. Mai, Nachm. 2 1/2 Uhr anfangend, im Lokale des Herrn **Blohm**, Hundestraße 41.
Wegen Aufgabe eines Geschäfts sollen sämtliche Bohre- und andere Maschinen verkauft werden. Ferner Pfaffababen, ein- und zweischläfrige Bettstellen, ff. Cigarren u. v. A. m. Weitere Zusendungen Hundestraße 8-erbeten
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Russische Fetze
Pfund 22 Pfennig, 5 Pfund 1 Mark
100 Pfund 18,50 Mt.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Gesucht tüchtige geübte **Einzieherinnen** sowie **Bürstenmachergehülphen.**
Ernst Köster & Co.
Fackenburg-Aller 67.

Gesucht sofort ein Milchmädchen und ein Knecht vom Lande. Näheres bei **F. Böge**, Hülfstr. 59.
Gesucht eine **Waschfrau** für Dienstags. An der Mauer 82.

Zum 1. Juli eine **Wohnung** an der Mauer zu vermieten. Miethe 115 Mt. **Wahmstraße 58.**

Gesucht sofort ³/₁₀ Bierseidel. **Stoffers, Depenau 27.**

Delfarben
streichfertig, sowie **Fussboden-Oel**
erhält man am besten bei **Hans Fock**,
Fackenburg Allee 10.

Die Schweineschlachtere
von **W. Strohfeldt**
73 Glockengießerstraße 73
kauft 150 hiesige Schweine billig ein, und ist dadurch in die Lage veretzt, das Pfund mit 45 Pf. zu verkaufen.
Schweinefleisch, Pfd. 45 Pf.
Karbonade, Pfd. 60 Pf.
Kopf und Bein, Pfd. 15 Pf.
Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.
Ochsenfleisch, Pfd. 50 Pf.
Pechwurst, Pfd. 40 Pf.
Gef. Meztwurst u. Lebertwurst, Pfd. 60 Pf.
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.
Nur hiesige Waare.

Zu Pfingsten!
Junge fette **Dähne** sind noch abzugeben **Lützowstraße 2a.**
Sofort **1 Logis** für einen jungen Mann zu vermieten. **Friedenstr. 17, part.**

Strengste Diskretion.
Erste Klasse
310. Hamburger Lotterie.
Ziehung: 11. Juni a. c.
Hauptgewinn
50 000 Mk.
Loose 1. Klasse:
1/1 1/2 1/4 1/8
Mt. 6,— 3,— 1,50 0,75
sind in großer Nummernauswahl vorrätzig bei der Haupt-Collecte von **Gerh. R. Hegerfeldt**
Lübeck, Schlüsselbuden 26.
Listen bei jeder Klasse.

Hansa Extra
Margarine
ist die Marke, welche durch ihre besonderen Vorzüge sehr beliebt ist.
In den meisten Geschäften zu haben.
Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“
J. Schröder & Co.
Vertreter: **Wilh. Hammer.**

Carbolineum
empfiehlt **Reinh. Büsen, Arminstr.**
Durch Zufall!
100 000 St. 5 Pf.
Cigarren Nr. 5, pr. 100 Stk. 4,80 Mt.
empfiehlt **Friedrich Nagel.**

Musik.
Musik, Musik, Musik,
Musik ist unser Glück!
So hörte in den letzten Tagen Beständig man in Lübeck sagen.
Ein jeder Feierkastenmann und wer ein wenig klumpen kann, Der tritt nun schleunigst mit hinein Als Mitglied vom Musikverein
Musik ist unser Ideal,
Wir componiren allzumal.
Ich glaub, s' wird noch zu guterleht s' Abreßbuch in Musik gefest.
Diese Woche:
Schluß des Ausverkaufs.
Herrn-Budschin-Anzüge
sonst 12, 18, 25, 30 jetzt 9, 12, 20, 25.
Herrn-Kamugarn- und Cheviot-Anzüge
sonst 20, 25, 30, 38, 40, jetzt 15, 20, 25, 33.
Herrn-Sommerpaletot
sonst 20, 25, 30, 36, jetzt 11,50, 18, 20, 25.
Burschen- und Kinder-Anzüge
ist 25 pSt. Preisermäßigung.
Herrnstiefelchen mit Knopfverzierung u. Kappe von 3,75 an.
Damen-Knopfstiefeln v. 4 Mt. an.
Hegeltuchschuhe
für Herren, Damen und Kinder, solange der Vorrath reicht 1, 1,25 pr. Paar
Anerkannt größtes u. billigstes
Herrn-Garderoben u. Schuhwaaren-Lager
am Platz.
S. Stillschweig
Lübecker Concurrenz-Gesellschaft
Kohmarkt 10. Lübeck. Markt 4.
Zu verkaufen ein **Fahrrad** mit Luftreifen. Große Petersgrube 12, 1. Etage.

Carl Herm. Mich. Stave,
 Weiter Krumbuden 4, Lübeck.
 Specialität:
Arbeiter-Garderoben.
 Erstes und ältestes Geschäft dieser Art.
 Gegründet 1821.
 Solide Waare. — Starke Arbeit. — Billige und feste Preise.

An Nerven-Leidende!

Das große Meer der Nervenleiden — angefangen vom heftigen Kopfschmerz bis zu den Proben der Apoplexie (Schlagfluss) — hat von jeher den Aufregungen der ärztlichen Kunst gelitten. Erst der Magnet gehört die Erregung an; durch Wendung des einfachen oder doppelten Magneten zu einer physiologischen Erregung gelangt zu sein, die gegenwärtig nach hundertfach abgeklärten Experimenten ihre Reize um die Erde verteilt und nicht minder die wissenschaftlichen Kreise, wie die neuere französische Wissenschaft in hohen Maße interessiert. Das aus den Erfahrungen einer 50jährigen ärztlichen Praxis geschöpfte Heilverfahren: durch täglich einmalige Kopfwäsche entsprechende Substanzen direkt durch die Haut dem Nervensystem zuzuführen, hat so sensationelle Erfolge zu verzeichnen, daß die von dem Erfinder dieser Heilmethode herausgegebenen Broschüre:

Ueber Nervenkrankheiten u. Schlagfluss (Hirnlähmung) Vorbeugung u. Heilung

blumen kurzer Zeit bereits in 20ster Auflage erschienen ist. Das Buch umfaßt nicht nur gemeinverständliche Vorkationen über das Wesen dieser neuen Therapie und der damit selbst in verzweifeltsten Fällen neuerlicher Leben erzielten Erfolge, sondern auch die dieser Methode gewidmeten wissenschaftlichen Elaborate der medizinischen Presse, wie die Ableger dieser Neuerung in ärztlichen Anstalten, darunter des Dr. med. Manière, Professor an der Poliklinik für Frauenkrankheiten in Paris, Rue Rougemont 10, des Irrenarztes Dr. med. Steingreber am Nationalhaus für Nervenkranken in Charenton, — des königl. Sanitätsrathes Dr. Cohn in Stettin, — des großherzogl. Bezirksarztes Dr. med. Grossmann in Jöhlingen, — des Hospitalchirurgen Dr. P. Forestier in Agen, — des Gehelmrathes Dr. Schering, Schloss Gütenfels, Bad Ems, — des Dr. med. Darses, Chelart und Direktor der Galvano-Therapeut. Anstalt für Nervenkranken, Paris, Rue St. Honoré 334, — des Dr. med. und Konsuls Dr. von Aschenbach in Corfu, — des kaiserlichen Bezirksarztes Dr. Busbach in Zirknitz, — des kaiserl. königl. Oberstabsarztes I. Klasse Dr. med. Jochl in Wien, — des Dr. T. Bönigval in La Ferrière (Eure), Mitglied des Centralraths für Hygiene und Gesundheit, und viele andere.

Es wird deshalb allen Jenen, die an krankhaften Nervenstörungen im allgemeinen, darnach an sogenannter Nervosität laboriren, gekennzeichneter durch habituelle Kopfschmerzen, Migräne, Congestionen, grosse Reizbarkeit, Aufregtheit, Schlaflosigkeit, körperliche allgemeine Unruhe und Unbehaglichkeit, ferner Kranken, die vom Schlagfluss heimgesucht wurden und an den Folgen desselben und somit an Lähmungen, Sprachvermögen oder Schwerfälligkeit der Sprache, Schlingbeschwerden, Steifheit der Gelenke und häufigen Schmerzen in denselben, partiellen Schwächezuständen, Gedächtnisschwäche, Schlaflosigkeit u. s. w. leiden und die bereits ärztliche Hilfe nachsuchten und durch die bekannten Hilfsmittel, wie Galvanisiren, Einreibungen, Elektricität, Galvanisiren, Dampf-, Moor- oder Seebäder — keine Heilung oder Besserung erlangten, endlich jenen Personen, die schlagflussfürchten und dazu aus den Erscheinungen andauernden Angstgefühls, Eingenommenheit des Kopfes, Kopfschmerzen mit Schwindelanfällen, Flimmern und Dunkelwerden vor den Augen, Druckgefühl unter der Stirn, Ohrensausen, Kribbeln und Taubwerden der Hände und Füße Ursache haben, und somit allen Angehörigen der vorgedachten drei Kategorien Nervenleidender, sowie bleichsüchtigen und dadurch der Kraftlosigkeit verfallenen jungen Mädchen, auch gesunden, selbst jüngeren Personen, die galestig viel beschäftigt sind und die der Reaction geistiger Thätigkeit vorbeugen wollen, dringendst anzuempfehlen, sich in den Besitz der obengenannten Broschüre zu bringen, welche franco und kostenlos zu beziehen ist in:

Mölln i./L. bei A. Lorenz.



Neueste Mode. Größte Auswahl. Neueste Mode.

Herren- und Knaben-Hüte

von den elegantesten bis zu den billigsten.
 Königsstraße 61,
Rudolph Rose, bei der Fleischhauerstr.

Butter-Handlung zur Krone

Kohlmarkt 12.

Zum bevorstehenden Feste empfiehlt in bekannt bester Qualität und zu denkbar billigsten Preisen:

Hochfeine Molkereibutter, täglich frischer Eingang, in Fässern sowie in $\frac{1}{2}$ u. $\frac{1}{4}$ Pfd.-Stücken, à Pfd. 95 Pf.

ff. Gutsbutter, Pfund 90 Pf.

Frische Landbutter, Pfund 80 Pf.

Margarine, beste Marken, vorzüglich zu Ck-, Back- u. Kochzwecken, Pfund 40, 50, 60, 70 und 80 Pf.

Berliner Bratenschmalz, Pfund 50 Pf.

Fett, Pfund 40 Pf.

Hochfeinen vollsaftigen Schweizerkäse, Pfd. 60, 70 u. 80 Pf.

Allerfeinsten vollfetten Tilsiter Käse, Pfd. 60 u. 80 Pf.

ff. Holländer, Pfund 80 Pf.

echten Bayerischen Bierkäse, Pfund 60 Pf.

□-Zahnenkäse aus den berühmtesten Molkereien, Stück 10, 15 und 20 Pf.

Hochfeinen Limburger, Stück von 40 Pf. an.

Echten Romadour, Stück 50 Pf.

Frische Landeier zu stets billigsten Tagespreisen.

Butter-Handlung zur Krone

Kohlmarkt 12. Otto Baake. Kohlmarkt 12.

Neue Matjesheringe

die erste Sendung eingetroffen und empfehle dieselben in hochfeiner Qualität

F. J. G. Bibow

Peringshandlung, Schwönekauerstr. 11

Ein neues gut gearbeitetes Sopha ist für 23 Mark zu verkaufen.
 Große Gröpelgrube 21, part.

Neu eingetroffen sind frische diesjährige

Matjesheringe

bei **Heinrich Koop,**
 Marktwiese 4. Telephon Nr. 260.

Ein gebrauchter Kinderwagen ist billig zu verkaufen.
 Vorbedstraße 6.

Allgemeine Lokal- u. Straßenbahn-Gesellschaft

Betriebs-Verwaltung Lübeck.

FAHRPLAN

A. Haupt-Linie. A. Haupt-Linie

Richtung: St. Gertrud — St. Jürgen.

(Nothes Licht.) Abfahrt Noeckstraße nach Cronsforder Allee: 7,06, 7,18, 7,30, 7,42, 8,06, 8,18, 8,30, 8,42, 8,54, 9,06, 9,18, 9,30, 9,42, 9,54, 10,06, 10,18, 10,30, 10,54, 11,06, 11,18, 11,30, 11,42, 11,54, 12,06 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends

(Grünes Licht.) Abfahrt Kirchhof nach Cronsforder Allee: 7,12, 7,24, 7,36, 7,48, 8,12, 8,24, 8,36, 8,48, 9,00, 9,12, 9,24, 9,36, 9,48, 10,00, 10,12, 10,24, 10,36, 11,00, 11,12, 11,24, 11,36, 11,48, 12,00, 12,12 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends

(Weißes Licht.) Abfahrt Fraetsdorf nach Cronsforder Allee: 7,33, 7,57, 8,21, 8,45, 9,33, 9,57, 10,21, 10,45, 11,09, 11,33, 11,57, 12,21 u. s. w. alle 24 Min. bis Abends

Abfahrt Mengstraße nach Cronsforder Allee: 7,18, 7,24, 7,30, 7,36, 7,42, 7,48, 7,54, 8,06, 8,12, 8,18, 8,24, 8,30, 8,36, 8,42, 8,48, 8,54, 9,00, 9,06, 9,12 u. s. w. alle 6 bis Abends 10,00.

Abfahrt Markt nach Cronsforder Allee: 7,19, 7,25, 7,31, 7,37, 7,43, 7,49, 7,55, 8,01, 8,13, 8,19, 8,25, 8,31, 8,37, 8,43, 8,49, 8,55, 9,01, 9,07, 9,13 u. s. w. alle 6 Min. Abends 10,01.

Richtung: St. Jürgen — St. Gertrud.

(Weißes Licht.) Abfahrt Cronsforder Allee nach Fraetsdorf: 7,33, 7,57, 8,21, 8,45, 9,33, 9,57, 10,21, 10,45, 11,09, 11,33, 11,57, 12,21 u. s. w. alle 24 Min. bis Abends

(Weißes und grünes Licht.) Abfahrt Cronsforder Allee nach Kirchhof: 7,33, 7,45, 8,09, 8,21, 8,33, 8,45, 8,57, 9,09, 9,21, 9,33, 9,45, 9,57, 10,09, 10,21, 10,33, 10,57, 11,09, 11,21, 11,33, 11,45, 11,57, 12,09 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends

(Nothes Licht.) Abfahrt Cronsforder Allee nach Noeckstraße: 7,39, 7,51, 8,03, 8,15, 8,39, 8,51, 9,03, 9,15, 9,27, 9,39, 9,51, 10,03, 10,15, 10,27, 10,39, 10,51, 11,03, 11,27, 11,39, 11,51, 12,03, 12,15 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,15.

(Weißes Licht.) Abfahrt Markt nach Fraetsdorf: 7,46, 8,10, 8,34, 8,58, 9,22, 9,46, 10,34, 10,58, 11,22, 11,46, 12,10 u. s. w. alle 24 Min. bis Abends 8,58.

(Weißes und grünes Licht.) Abfahrt Markt nach Kirchhof: 7,46, 7,58, 8,10, 8,22, 8,46, 8,58, 9,10, 9,22, 9,46, 9,58, 10,10, 10,22, 10,34, 10,46, 10,58, 11,10, 11,22, 11,34, 11,46, 11,58, 12,10 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,28.

(Nothes Licht.) Abfahrt Markt nach Noeckstraße: 7,52, 8,04, 8,16, 8,28, 8,40, 8,52, 9,16, 9,28, 9,40, 9,52, 10,04, 10,16 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,28.

(Weißes Licht.) Abfahrt Mengstraße nach Fraetsdorf: 7,48, 8,12, 8,36, 9,00, 9,24, 10,12, 10,36, 11,00, 11,24, 11,48, 12,12 u. s. w. alle 24 Min. bis Abends 9,00.

(Weißes und grünes Licht.) Abfahrt Mengstraße nach Kirchhof: 7,48, 8,00, 8,12, 8,36, 8,48, 9,00, 9,12, 9,24, 9,36, 9,48, 10,00, 10,12 u. s. w. alle 12 Minuten Abends 10,24.

(Nothes Licht.) Abfahrt Mengstraße nach Noeckstraße: 7,54, 8,06, 8,18, 8,30, 8,42, 9,06, 9,18, 9,30, 9,42, 9,54, 10,06, 10,18 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,30.

(Weißes Licht.) Abfahrt Kirchhof nach Fraetsdorf: 7,12, 7,36, 8,00, 8,24, 8,48, 9,12, 10,00, 10,24, 10,48, 11,12, 11,36, 12,00, 12,24 u. s. w. alle 24 Min. bis Abends

An Sonntag-Nachmittagen und an Wochentagen, wo anlässlich stattfindender Feste, Schulfeierlichkeiten u. c. ein größerer Verkehr zu erwarten steht, wird Wagenfolge durch Einsetzung von Extrawagen auf einen 12 resp. 6 Minuten-Ver nach Bedarf verstärkt und verlängert.

B. Holstenthor-Linie. B. Holstenthor-Linie

Richtung: Mengstraße — Krempeisdorf.

(Nothes Licht.) Abfahrt Mengstraße nach Krempeisdorf: 7,06, 7,18, 7,30, 7,54, 8,06, 8,18, 8,30, 8,42, 8,54, 9,06, 9,18, 9,30, 9,42, 9,54, 10,06, 10,30 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,06.

Richtung: Mengstraße — Schwartauer Allee.

(Grünes Licht.) Abfahrt Mengstraße nach Schwartauer Allee: 7,12, 7,24, 7,36, 8,00, 8,12, 8,24, 8,36, 8,48, 9,00, 9,12, 9,24, 9,36, 9,48, 10,00, 10,12 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,00.

Richtung: Krempeisdorf — Mengstraße.

(Nothes Licht.) Abfahrt Krempeisdorf nach Mengstraße: 7,37, 7,49, 8,01, 8,13, 8,37, 8,49, 9,01, 9,13, 9,25, 9,37, 9,49, 10,01, 10,13, 10,25, 10,37 u. s. w. alle 12 Min. bis Abends 10,37.

Richtung: Schwartauer Allee — Mengstraße.

(Grünes Licht.) Abfahrt Schwartauer Allee nach Mengstraße: 7,36, 7,48, 8,00, 8,24, 8,36, 8,48, 9,00, 9,12, 9,24, 9,36, 9,48, 10,00, 10,12 u. s. w. alle 12 Min. Abends 10,24.

Das Besteigen und Verlassen der Straßenbahnwagen auf der äußeren Holstenbrücke (sog. Puppenbrücke) und innerhalb der Halteplätze vor den Eisenbahnübergängen am Bahnhofe ist verboten.

FAHRPREIS.

Richtung: Krankenhaus-Kirchhof = 10 Pfg. oder eine Marke pro Person.

Richtung: Mengstraße-Schwartauer Allee = 10 Pfg. oder eine Marke pro Person.

Richtung: Kirchhof (Zahlgrenze) - Fraetsdorf = 10 Pfg. oder eine Marke pro Person.

Marken, 11 Stück für Mk. 1, — gültig für Erwachsene und 15 Stück für Mk. 1, — gültig für Kinder unter 14 Jahren sind an folgenden Verkaufsstellen zu haben:

E. Pilschen, Breitestraße 25. H. Möller, Hofstraße 42. J. C. Uter, Cronsford Allee 1.
 Fr. Nagel, Markt 14. C. Ritter, Breitestraße 22. R. Fromm, Fackenburg Allee
 Ferd. Kayser, Breitestraße 81. M. Jauckens, Mengstraße 2. C. Kiel Ww., Fraetsdorf Allee
 F. C. Cowalsky, Sandstraße 27. H. Wittmack, Mühlenstraße 1/3. Rud. Howoldt, Krempeisdorf
 J. H. Schwang, gr. Burgstr. 59. Fr. Schwedt, gr. Burgstr. 29/31. Carl Lohmann, Hofstraße
 Fr. Sager, Kohlmarkt 3. W. John, Schüsselbuden 5. Oberstraße

Wer die Straßenbahn benutzt, ist verpflichtet, sofort nach dem Einsteigen, ohne daß es hierzu einer besonderen Aufforderung bedarf, den tarifmäßigen Fahrgeld in den Zahlkästen zu werfen.

Kinder unter 3 Jahren werden, soweit für dieselben kein Sitzplatz beansprucht wird, frei befördert.

Herren-, Knaben- und Kinderhüte

Mützen, Schlipse, Hosenträger, sowie Strohhüte empfiehlt zu den billigsten Preisen

C. H. Wessel

Holstenstraße 32 und Kupferschmiedestraße 15 zwischen Beckergrube und Fischergrube.

Arbeiter-Turn-Verein.

Sonntag den 24. Mai 1896 (1. Pfingsttag):

Turnfahrt nach Ratzeburg per Bahn.

Fahrt nach Mölln u. Umgebung. Rückfahrt per Bahn Abends 8 Uhr. Abfahrt Morgens 8²⁵ Uhr. Sammelort: Turnvereinslokal Stehr, Wollstr. Abmarsch 7^{1/2} Uhr. Um vollständiges Erscheinen bittet

Der Turnwart.

Allgemeine Lokal- u. Straßenbahn-Gesellschaft

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Erweiterungstrecke Fraetsdorf auf der ganzen Linie am

Donnerstag den 14. Mai er. dem Betriebe übergeben wird Lübeck, den 13. Mai 1896.

Die Betriebsverwaltung.

Tivoli-Theater

Freitag den 22. Mai 1896: Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Goldfische.

Lustspiel in 4 Akten von F. v. Schönthan u. G. Kadelburg.

Versammlung der Bürgerschaft.

Sitzung vom 18. Mai.

Schluß.

Punkt vier der Tagesordnung bildete der Antrag von Charles S. Petit und and Genossen auf staatliche Unterstützung des Vereins der Musikfreunde.

Der von Charles S. Petit und 50 anderen Bürgerchafts-Mitgliedern unterzeichnete Antrag lautet:

Die Bürgerschaft bringt dem Senate den Antrag entgegen:

1) daß dem Verein der Musikfreunde zu Lübeck zu dem von ihm verfolgten Zwecke, insbesondere zur Anstellung eines Kapellmeisters, zur Bildung eines Orchesters, sowie zur Veranstaltung regelmäßiger Musikaufführungen, für die Rechnungsjahre 1896/97 bis 1900/1 eine jährliche Beihilfe von 15 000 Mk., zahlbar im Voraus in 6 Monatsraten vom 15. Sept. bis zum 15. Februar jeden Rechnungsjahres, aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werde, unter der Bedingung, daß vor Auszahlung der ersten Monatsrate dem Senate nachgewiesen werde, es seien von Privaten oder Gesellschaften mindestens 8500 Mk. jährliche Beiträge auf 5 Jahre zu gleichem Zwecke gezeichnet, sowie daß der Verein eine genaue Abrechnung über das vergangene Rechnungsjahr mit einem erläuternden Berichte einreiche;

2) daß die Beihilfe von 15 000 Mk. vorbehaltlich einer etwa erforderlich werdenden Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, für das Rechnungsjahr 1896/97 auf die zu erwartenden Verwaltungüberschüsse der Rasse der städtischen Gemeindegewerke angewiesen, für die folgenden Jahre aber in den Vorschlag mit aufgenommen werde.

Ein von B.-M. Bud gestellter Antrag, den Gegenstand auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Ein von B.-M. Hempel und 21 anderen Mitgliedern unterzeichneter Antrag muß nach § 68 der Geschäftsordnung über die Frage, ob der Antrag Petit und Gen. zur näheren Erwägung an den Bürgerausschuß zu verweisen sei, Abstimmung durch namentlichen Aufruf stattfinden.

B.-M. Petit erhält nunmehr zur Begründung eines Antrages das Wort und äußert sich folgendermaßen:

Meine Herren! Nachdem die Senatsvorlage, betreffend Subventionierung des Vereins der Musikfreunde, in der Bürgerschaft am vergangenen Montag abgelehnt worden ist, haben meine Freunde und ich uns die Frage vorgelegt, ob es nicht angebracht sei, unsere Thätigkeit einzustellen, da der Verein ohne staatliche Beihilfe nicht lebensfähig ist. Man ist aber von so vielen Seiten mit dem Ersuchen an uns herangetreten, unsere Thätigkeit fortzusetzen, daß wir in Anbetracht, der geringen Majorität und des Umstandes, daß ein frühzeitiger Schluß der Debatte ein Ende machte, den heutigen Antrag einbringen. Es ist bereits vom Senatstische aus erklärt worden, daß, wenn unsere reicheren Schwesterstädte sich

bei der Musikkorlage nicht scheuten, die Staatshilfe anzurufen, bei unseren schwachen Kräften dies um so weniger zu thun ist. Jedenfalls geben die Städte etwas und so kann auch Lübeck etwas opfern. In Hamburg ist die Sachlage eine andere wie bei uns. Dort wollte sich der Verein der Musikfreunde erst organisieren, wenn ihm vom Staate 20,000 Mark Subvention gewährt würde. Unser Lübecker Verein ist uns zuvorgekommen. Er hat sich erst organisiert und in seinen Kreisen Stimmung zu machen versucht; er hat gethan, was irgend möglich. Wir haben 10,000 Mark in einem Jahre aufgebracht, ehe wir mit unserem Antrage an den Senat herantreten. Weiter will der Hamburger-Verein nur ein Orchester bilden, nicht aber auch einen Kapellmeister anstellen; was bei uns der Fall ist. Außerdem wird in Hamburg viel mehr für Kunst und Wissenschaft aufgewandt, als dieses bei uns geschieht. Bremen kam erst zu geordneten Musikverhältnissen, als die staatliche Unterstützung gewährt wurde. Auch hier ist es nichts neues, wenn eine staatliche Subvention gewährt wird. Im Jahre 1874 stellte die Bürgerschaft aus eigenem Antriebe 12,000 Mark für Musik zur Verfügung des Senates. Diese Summe ist 3 Jahre in Anwendung gekommen und für den Musikverein und die auf's Neue gegründete Kapelle herangezogen worden. Später ist dieselbe leider zu Grunde gegangen, da der Musikmeister starb und ein neuer nicht angestellt ist. Seit jener Zeit ist das Musikwesen in unserer Stadt immer mehr und mehr zurückgegangen. Was will nun der Verein der Musikfreunde? Es ist gesagt, er wolle die höhere Musik im Interesse des besseren Publikums pflegen. Das ist nicht zutreffend. Es ist gerade das Gegenteil der Fall. Wie wir in unserer Denkschrift aussprachen, richtet der Verein grade sein Hauptaugenmerk auf die Volks-Konzerte, deren Abhaltung 26 bis 30 gegeben werden sollen und denen nur 6 klassische gegenüberstehen. So dringen wir in die weiteren Schichten der Bevölkerung ein und wirken veredelnd auf sie. Es ist ferner gegen den Senatsantrag vorgebracht, daß, wenn man die Bierkonzerte besteuere, man die besseren Konzerte nicht subventionieren könne. Auch dieses ist kein Grund, den Antrag abzulehnen, da es doch selbstverständlich ist, daß auch der Verein die Steuer zu tragen hat, sobald er ein Bierkonzert abhält. Auch der Einwand, daß durch diese Neuorganisation die Stellung der Musiker nicht verbessert werde, ist hinfällig. Die Musiker glauben sogar, ihre Lage könnte dadurch gehoben werden, wenn die Vorlage Ihre Zustimmung erhält. Die Herren haben ganz tüchtige Kräfte, aber sie haben auch im Gegentheil die Ueberzeugung, daß ihnen das Haupt fehlt. Sie wollen einen Kapellmeister, damit sie sich auch künstlerisch bethätigen können, was jetzt nicht der Fall sein kann. Erhalten wir das Orchester, so wird auch die Musik im Theater eine bessere werden. Der Direktor hat sich bereit erklärt, das Orchester spielen zu lassen, außerdem ist die Gesellschaft „Kasino“ gewillt, durch Umbau den Orchesterraum zu erweitern; sie will auch eine Unterkunfthalle für die Musiker bauen, damit dieselben in der Zeit, wo sie nichts zu thun haben, auf dem Korridor nicht zu stehen brauchen. Ueberall zeigt man sich entgegenkommend. Hoffentlich wird man begleichen

auch bei ihnen thun. Die Forsthalle haben Sie bewilligt behufs körperlicher Erholung der Lübecker. Schaffen Sie nun auch Gelegenheit zur geistigen Erholung. Aus allen diesen Gesichtspunkten empfehle ich Ihnen die Annahme der Vorlage.

B.-M. Hempel giebt die Versicherung ab, daß ihm die Sache höchst sympathisch erscheine (Heiterkeit), wiewohl große Gefahr im Verzuge sein würde, daß das Interesse für diesen so ernsten Gegenstand in die Brüche geht. Redner erinnert an das eigenartige Verfahren, welches seit vorigen Montag geübt worden ist. Ob der Gegenstand dadurch an Noblese gewonnen hat, bezweifelt er sehr. (Große Unruhe. Glocke des Wortführers.)

Wortführer Dr. Sommer: Ich darf wohl den Redner bitten, vorsichtiger in der Wahl seiner Ausdrücke zu sein.

B.-M. Hempel: Soll ich vielleicht persönlich werden?

Wortführer Dr. Sommer: Nein, das wollte ich gerade durch meine Unterbrechung vermeiden.

B.-M. Hempel fortfahrend: Ein altes Sprichwort sagt: „Gut Ding will Weile haben.“ Man scheint es aber hier sehr eilig zu haben. Wenn man fragt, warum, so dürfte aus dieser ganzen Erscheinung hervorgehen, daß die Sache nicht gut ist. Nach einigen Monaten lassen sich die ganzen Angelegenheiten besser übersehen. Redner weist noch darauf hin, daß für den Fall, daß der Regimentsstab hierher verlegt wird, wir auch eine Regimentskapelle erhalten, und daß alsdann vollkommen für gute und billige Volkskonzerte Rechnung getragen ist. Redner bittet noch zum Schluß, den Antrag abzulehnen.

B.-M. Bud: Das Verfahren, wie es bei diesem Antrage geübt worden ist, wird in den weitesten Kreisen der Bürgerschaft große Erregung hervorzubringen. Was nun den Antrag selbst anbelangt, so muß ich erklären, daß ich für derartige Ausgaben nicht zu haben bin. 2 pSt. der Einkommensteuer dürfen dafür nicht bewilligt werden. Früher hatten wir ein Kapitalvermögen von 18 000 000 Mk., dasselbe ist auf 13 000 000 Mk. heruntergebracht. Früher hatten wir eine Reservelasse von 1 000 000 Mk., diese Summe ist jetzt gänzlich aufgebraucht. Wir hatten jährliche Verwaltungsüberschüsse von 2—3 000 000 Mk., jetzt haben wir stets mit einem Defizit zu rechnen. Es wurde noch auf die Forsthalle zurückgegriffen; das ist eine andere Sache; ich bitte den Antrag abzulehnen.

B.-M. Professor Dr. Müller ist erstaunt gewesen, als er zu hören bekam, die Sache sollte zum zweiten Male berathen werden. Allerdings war er sich bewußt, daß die Förderer der Sache kräftig agitieren würden, um wenn sie vielleicht 12—15 000 Mk. an freiwilligen Beiträgen zusammen hätten, den Staat um einen Zuschuß von 3—4000 Mk. zu bitten. Es ist jedoch anders gekommen. Zum größten Erstaunen muß der Antrag, der vor 8 Tagen in aller Form abgelehnt ist, nochmals durchberathen werden. Das ist außerordentlich seltsam. Man könnte sich sagen, die Herrn haben deshalb Anlaß genommen, die Sache von Neuem vor die Bürgerschaft zu

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Görlitz.

(21. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ganz wie es Ihnen gefällig ist“, lächelte Frau Böhler, die durchaus das letzte Wort haben mußte: „so kann ich mich um so schneller der Pflege Ihres Herrn Bruders widmen!“

Sie machte vor beiden Herren eine tiefe Verbeugung, tief, um für ernst gemeint zu gelten. Dann eilte sie dem Fabrikherrn nach.

Werner lächelte.

Elias Allenstein aber drohte den beiden Verschwonnenen nach.

„Hatte ich nicht recht“, sprach er dann zu Werner, „er unter den Arm faßte und hinausführte, „wenn dieses Haus ein „verwünschtes“ nannte?“

Werner hatte keine Antwort hierauf, freilich ist Schweigen auch eine Antwort.

„Mit thun nur die armen Kinder leid“, fuhr Elias Allenstein beim Hinabsteigen der Treppe fort; „das Vaterhaus wird ihnen durch diese Person vollständig entzogen und genommen!“

„Nach der heutigen Erfahrung muß ich die Hoffnung aufgeben, daß hier im Hause jemals eine Besserung im Besseren eintreten wird! Mein Bruder steht zu sehr unter dem Pantoffel dieser Kreatur, und da in unserem materiellen Zeitalter der Himmel keine Wunder mehr thut, wird er auch immer unter diesem Pantoffel und fortleben!“

Beide Herren waren wieder im Erdgeschoß angelangt. Statt sich nach der vorderen Hausthür zu wenden, führte Elias Allenstein seinen Begleiter seitwärts aus dem Hause auf den Fabrikhof.

Dieser hatte eine bedeutende Ausdehnung, und man

mußte einen breiten Platz überschreiten, bis man zur Fabrik gelangte.

Auf diesem Wege mußten die Ankommenden von Urban, wenn er sich an seinem Pulte befand, jedenfalls bemerkt werden, während sie von draußen nicht wahrnehmen konnten, wer hinter den Fenstern saß, oder was im Comptoir geschah.

Sie mußten also durchaus unvorbereitet vor einen von ihrer Ankunft schon Unterrichteten treten.

„In geschäftlicher Beziehung“, sagte Elias Allenstein, während sie über den Fabrikhof gingen zu Werner, „schadet meines Bruders Wunderlichkeit uns übrigens nicht viel, denn selbstständig hätte er in Beziehung auf die Erhöhung des Schornsteins doch nie entschieden und seinen Prokuristen immer um Rath gefragt.“

„Ist derselbe denn ein zugänglicher Mann?“ fragte Werner.

„Jedenfalls ist Urban meinem Bruder sehr treu und ergeben“, lautete die Antwort des Hotelbesizers. „Wenn das Geschäft hier trotz der Trägheit des Besitzers noch immer florirt, so ist es wohl unbedingt das Verdienst Urbans.“

„So würde“, meinte Werner, „es vielleicht das Beste sein, wenn man diesen Herrn Urban für die Sache zu interessiren suchte durch Zusage einer Geldsumme für den Fall, daß diese Angelegenheit sich nach unseren Wünschen realisiren sollte!“

„Wo denken Sie hin?“ entgegnete der Hotelbesitzer fast erschrocken. „Urban Geld anzubieten, ist unmöglich, denn er ist ein Ehrenmann, ohne Ehrgeiz und ohne alle Bedürfnisse.“

„So müssen wir“, entschied Werner, „versuchen, ihn uns durch freundliche Vorstellungen geneigt zu machen!“

Damit waren sie vor dem Fabrikgebäude angekommen. Bis hierher waren die beiden Herren neben einander gegangen, jetzt schritt Elias Allenstein durch die Thür des

Fabrikgebäudes voran, indem er zu Werner sagte, daß er ihm den Weg zeigen wolle.

Werner neigte verbindlich dankend den Kopf und folgte ihm nach.

Zuerst traten sie auf einen Flur, von dem man links in die Maschinenräume der Zuckerrabrik sah.

Elias Allenstein wandte sich rechts, auf welcher Seite das Comptoir lag.

Die Herren kamen zuerst in ein größeres Zimmer, wo drei junge Leute an ihren Pulten arbeiteten.

„Ist Herr Urban anwesend?“ fragte der Hotelbesitzer.

Einer der jungen Leute bejahte die Frage und wies die beiden Herren in ein kleines Nebenzimmer, dessen Thür offen stand.

Elias und Werner traten dort ein.

Dicht am Fenster saß ein Mann und schrieb. Derselbe kehrte den eintretenden den Rücken zu. Er mußte wohl sehr in seine Arbeit vertieft sein, daß er die Herren weder über den Hof hatte kommen sehen, noch ihr eintreten in das Nebenzimmer und ihr dortiges Fragen nach ihm gehört hatte.

„Verzeihen Sie, Herr Urban“, sprach Elias Allenstein, „wenn wir Sie stören.“

Erst auf diese direkte Anrede kehrte der am Pulte Sitzende sich um; als er die beiden Herren erblickte, stand er auf und verneigte sich mit gemessener Ruhe und Höflichkeit.

Gegen Herrn Urbans Ruhe stand Werners Benehmen seltsam ab.

„Ha! — Wen seh' ich?“

Mit diesem Ausruf, aus welchem ein Ton scharf markierten Schrecken hervorklang, trat Werner unwillkürlich einen Schritt zurück.

Urban erhob noch mehr den Kopf und rückte eine grüne Brille, die er trug, zurecht, als wollte er Werner

bringen, weil seitdem noch ganz gewichtige Gründe auffindig gemacht sind. Er, Redner, kann diese Gründe aber nicht als stichhaltig ansehen. Herr Petit habe auf Hamburg und Bremen hingewiesen, aber der Vergleich paßt entweder gar nicht oder er fällt zu Ungunsten des Musikvereins aus. (Sehr richtig!) Denn wenn man sagt, Hamburg hat 20 000 Mk. bewilligt, so spielt das für diesen Staat gar keine Rolle. Und ähnlich fällt der Vergleich mit Bremen aus. Dann ist immer wieder betont worden, die große Wichtigkeit der Volkskonzerte. Redner glaubt, als die Herren den Plan des Musikvereins gefaßt haben, sie vor allen Dingen nicht an die Forderung der Volksmusik gedacht haben. (Widerspruch. Sehr richtig!) Sie haben daran gedacht, die bessere Musik zu begünstigen. In den „Lüb. Blättern“ sei den Antragstellern ein Freund erstanden, der den Antrag warm vertheidige. Er, Redner, müsse jedoch bekennen, daß sich der Verein da einen sehr schlechten Freund ausgesucht habe. Da steht z. B. gleich zuerst, der Grund, daß die Abstimmung das vorige Mal so ausgefallen sei, liege zum größten Theil daran, daß notorisch unmusikalische Herren gegen die Sache eingetreten seien. Redner gehört dem Verein selbst als Mitglied an und fühlt sich vollkommen berechtigt, als Privatmann nach seinen Verhältnissen einen kleinen Beitrag zu steuern, aber nicht aus staatlichen Mitteln einen so großen Zuschuß zu geben. (Sehr richtig!) Als Redner aus einem Zeitungsartikel vorlesen wollte, wurde er vom Wortführer unterbrochen; er schloß dann seine Ausführungen: Es ist wieder betont worden, daß wir allen Anlaß hätten für Kunst und Wissenschaft mehr auszugeben wie bisher. Ich bin mit Freunden dabei. Wir wenden im ganzen für Kunst und Wissenschaft 31—32 000 Mk. auf, und dafür auf die Wissenschaft 10 000 Mk. und auf die Kunst über 20 000 Mk. Was die Kunst anlangt, so soll durch diesen Antrag auch nur eine einseitige Richtung gefördert werden. Lassen Sie uns die Sache viel allgemeiner fassen. Dafür bin ich zu haben, aber nicht speziell nach einer Richtung hin. Es würde sich so stellen, daß wir dann für die Wissenschaft 11 000 Mk. und für die Kunst also 35 bis 40 000 Mk. ausgeben. Es ist das kein richtiges Verhältnis, und dieser Hinweis auf Kunst und Wissenschaft kann mich nicht überzeugen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrage nicht Folge zu geben.

H. M. Dr. Benda erläutert, daß alle anderen Parlamente die Einrichtung der 2. oder gar der 3. Lesung einer Vorlage hätten; wir haben diese Einrichtung nicht, da der Bürgerausschuß die Vorlage vorbereitet. Es hat sich nothwendig gemacht, daß sozusagen auf Umwegen eine 2. Lesung herbeigeführt wurde. Mat hat zwei Gründe gegen die Vorlage aufgebracht: 1) Die Finanzlage unseres Staates. Wir wissen, daß der Senat in dieser Beziehung sehr vorsichtig zu Werke geht. Er hat uns nun die Vorlage gemacht; folglich werden auch unsere Finanzen diese Ausgabe dulden können. Eine Belastung des kleinen Mannes findet hierdurch nicht statt. Was von der Besteuerung der Bierkonzerte gesagt worden ist, kann auch nicht gegen die Vorlage angeführt werden. Wenn Herr Bueck sagt, er bewillige zu solchen Zwecken überhaupt nichts, so ist das ein Standpunkt, der sich vertreten läßt; anders jedoch ist es, wenn jemand die Bestrebungen sympathisch gegenübersteht, aber dennoch nichts bewilligen will. Was wir für Kunst und Wissenschaft thun, ist herzlich wenig und dürfen wir insolge dessen auch hier keine kleinliche Krämernpolitik treiben.

H. M. Generalkonjunkt Petit will nur eine Bemerkung des Herrn Bueck berücksichtigen. Letzterer sagte: Wenn wir diese 15 000 Mk. bewilligen, würde dies 2 pCt. von unserem Staatsbudget ausmachen. (Widerspruch. Zuruf: Von der Einkommensteuer!) Unser Staatshaushalt be-

genauer fixiren und erforschen, was diesen zu dem seltsamen Ausrufe veranlaßt hätte.

Ebenso verwundert und fragend hatte sich auch der Hotelbesitzer nach Werner umgewandt.

Letzterer hatte vollständig die Fassung verloren, denn vor ihm stand der blonde Mann mit der grünen Brille, der Doppelgänger von Schlowiens Mörder.

10. Die Mausefalle.

Es kostete Werner große Anstrengung, sich zu beherrschen, aber seine Aufregung blieb dessen ungeachtet so sichtbar, daß es auffallend gewesen wäre, dieselbe zu ignorieren.

Daher fragte Urban auch, sobald Allenstein beide Herren gegenseitig vorgestellt hatte, Werner, ob ihn hier in der Fabrik irgend etwas zerstreue oder überrasche.

„Ja,“ erwiderte Werner freimüthig, „die Begegnung mit Ihnen!“

Elias Allensteins Ueberraschung wuchs.

„Mit mir?“ fragte Urban auch mit Verwunderung und schien Werner noch schärfer zu fixiren, wenngleich letzterer den auf sich gerichteten Blick mehr fühlte, als sichtbar bemerken konnte, da Urbans Augen durch die grüne Brille vollständig maskiert waren. „Ach,“ fügte Urban nach kleiner Pause des Nachdenkens hinzu, „jetzt besinne ich mich, ich hatte gestern die Ehre, auf der Straße von Ihnen angesprochen zu werden! Wenn ich nicht irre, sprachen Sie von einer Aehnlichkeit, die Sie getäuscht habe?“

„Der Herr ist es, welcher —?“

Elias Allenstein, der sich jetzt auch des räthselhaften Ausdrucks vom vorigen Tage erinnerte, that diese Frage,

trägt jetzt rund 6 Millionen Mark und da würde die Ausgabe für Theater und Musik noch nicht zweidrittel Prozent ausmachen.

H. M. Hempel: Die Antwort, die mir von Dr. Benda gegeben ist, genügt nicht. Ich habe gefragt, warum die Sache so große Eile hat, und da kommt die Antwort: Weil wir sonst noch ein Jahr warten müssen. Das ist richtig. Die Sache ist aber doch zu wichtig, als daß man sie über's Knie brechen sollte. Warum wollen wir die Sache überstürzen. Ich weiß auch nicht, woher wir das Geld nehmen sollten. Lassen Sie uns doch die progressive Einkommensteuer einführen! Dann haben wir die nöthigen Gelder und dann tragen diese Summe diejenigen aus unserer Bevölkerung, welche dieselbe tragen müssen!

H. M. Dr. Wichmann: Ich fühle mich verpflichtet, den Vorwurf von Dr. Benda, als sei die Diskussion in voriger Versammlung voreilig abgeschnitten worden, zurückzuweisen. Ich war für meine Person klar in der Sache und wenn nicht ein großer Theil der Bürgerschaft sich ebenfalls klar gewesen wäre, würde sie nicht meinem Antrag zugestimmt haben. Was die Sache selbst betrifft, so muß ich bekennen, daß ich den Geldbetrag für so minimal halte, daß es wirklich keinen großen Einfluß auf die staats-erhaltende Thätigkeit ausüben kann, ob wir ihn bewilligen oder nicht. Es ist wiederholt betont worden, wir hätten kein Geld. Ich erinnere aber an die Kämpfe des vorigen Jahres in Bezug auf die Lotterie. Wenn wir nichts anderes wissen, lassen Sie uns doch auf die berühmte Lotteriezurückkommen. Je eher wir es thun, desto besser halte ich es für Lübeck.

H. B. Holtz will nur 45 000 Mk. statt der verlangten 75 000 Mk. bewilligen.

Das Resultat bei der Abstimmung ist folgendes: Dafür stimmen: Dr. Benda, Bernhardt, Boldemann, Bredt, Dr. Brehmer, Burmeister, Cuvie, Grassmi, Dr. Ellenburg, J. F. F. Evers, Fehling, Dr. Gädese, Dr. Görz, Grube, Gussmann, Harms, Hartwig, Heidenreich, Heinoohn, Heitmann, Hobe, Dr. Hoffstaetter, Holtz, Höppner, Lauenstein, Marty, Mollwo, Pape, Bedelhoff, Pettit, Possehl, Dr. Priess, Rabe, Radbruch, Redlin, Aug. Sartori, Theodor Sartori, Schacht, Th. Schorer, Siemens, Dr. Sommer, Stein, Stolterfoht, Dr. Stoffs, G. C. Tegtmeyer, H. F. Tegtmeyer, Thiel, Dr. Vermehren, Völlert, Wengenroth, Dr. Wichmann, Wilms, Dr. Ziehl.

Dagegen stimmen: Alm, Blund, Böbeler, Bueck, Buhmann, Buffon, Coleman, F. W. Evers, Christ. Aug. Görz, Hahn, Hempel, Jürgens, Käbler, Kahn, J. F. Chr. Lange, Lindenberg, Meeths, Mühsam, Dr. Müller, Peters, Schnell, Dr. Schorer, Schulz, Schwarz, F. W. Schwarzkopf, G. J. G. Schwarzkopf, Trummer, Westphahl.

Der Antrag Petit und Genossen wird somit mit 53 gegen 28 Stimmen an den Bürgerausschuß verwiesen.

Punkt 5 der L.-D. bildete der Antrag von Dr. Vermehren auf staatliche Unterstützung des Zoologischen Gartens.

In der Bürgerschaftsversammlung vom 16. März ds. J. war ein von Dr. Vermehren gestellter Antrag:

„Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Frage einer Unterstützung des Zoologischen Gartens des Herrn Wache in Erwägung zu ziehen.“

zur näheren Erwägung an den Bürgerausschuß verwiesen worden. Nachdem nun der Bürgerausschuß auf Grund eines ihm in dieser Frage erstatteten Kommissionsberichtes mit einem Antrage der Kommission:

„Der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, die Herstellung einer besseren Zuwegung vom Forstort Schwerin nach dem Zoologischen Garten veranlassen.“

brach aber sogleich wieder ab, ohne sie ganz auszusprechen, da ihm gleichzeitig einfiel, welche ungläublichen und peinlichen Vorgänge Werner später damit in Verbindung gebracht hatte, die allerdings mit Urban, dem langjährigen soliden Geschäftsführer seines Bruders, auch nicht im entferntesten in Verbindung gebracht werden konnten.

Auch Werner schien sich verwirrt zu fühlen, daß er solche ungeheuerlichen Gedanken in Bezug auf diesen so ruhig vor ihm stehenden Mann bei der ersten Begegnung mit demselben gehabt hatte; daher fiel er dem Hotelbesitzer schnell in die Rede:

„Eine Täuschung, ja wohl, es war eine arge Täuschung, brechen wir davon ab!“

„So bitte ich die Herren, Platz zu nehmen,“ sagte Urban und deutete auf ein schwarzes, mit Leder überzogenes Sopha, während er jetzt seinen Sessel am Pult so umbrehte, daß derselbe jetzt nach dem Sopha zu gerichtet war.

Nachdem Elias Allenstein und Werner sich auf das Sopha niedergelassen hatten, setzte sich auch Urban auf seinen Sessel nieder.

Der Hotelbesitzer theilte Urban den Grund ihres Kommens mit, während Werner kein Wort sprach.

Er starrte fortwährend den ihm durch seine große Aehnlichkeit mit dem Pseudo-Semper unheimlichen Doppelgänger desselben an, denn daß es nur sein Doppelgänger war, das stand bei Werner fest. Und doch änderte er bald diese Meinung wieder, denn die Aehnlichkeit in Gestalt, Gesicht und Haar, selbst in den Bewegungen der Arme und Hände war so groß, daß Werner sich immer wieder im stillen sagte:

„Es ist nicht sein Doppelgänger, er ist es selbst!“

(Fortsetzung folgt.)

in seiner am 29. April stattgefundenen Versammlung den Senat gerichtet hatte, hat mittelst Dekret an Bürgerausschuß vom 2. ds. Mts. der Senat den Antrag abgelehnt. In Veranlassung des zweiten Ersuchen der Bürgerschaft zum Garten — hat dagegen der Senat Finanzdepartement beauftragt, dessen Erfüllung in Erwägung zu ziehen und soweit angängig, zur Ausführung zu bringen.

Nach Maßgabe des Art. 44 der Verfassung nunmehr der Wortführer der Bürgerschaft die Frage Entscheidung vor, ob der Antrag Dr. Vermehren's der Bürgerschaft an den Senat gelangen solle oder nicht.

Die Bürgerschaft beschloß nach Empfehlung des Trages durch Dr. Vermehren, Dr. Benda, Dr. Wichmann und Dr. Görz mit allen gegen eine Stimme (Vn nicht Rick, wie es in vorletzter Nummer irrthümlich hieß) den Antrag an den Senat zu richten:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die einm. staatlichen Unterstützung des Zoologischen Gartens des M. D. W. Wache in Erwägung zu ziehen.“

Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Soziales und Partei-Leben.

Berlin. Ein Ausstand der Blumenmädchen in der Berliner Gewerbe-Ausstellung ausgebrochen. dort mit dem Vertrieb der duftenden Waare betrugungen Mädchen erhielten ein monatliches Gehalt 20 Mk. und 10 pCt. Provision der von ihnen verkauften Waaren. Der Verkauf der Blumen ist jedoch außerordentlich gering, da sich bei den hohen Preisen für selbsten nur wenige Käufer finden. Der Durchschnittsumsatz, welchen eine Verkäuferin zu erreichen vermochte, betrug ca. 3 Mk. pro Tag, so daß also der Verdienst ein äußerst minimaler war. Mit solcher geringen Einnahmen vermögen die Mädchen nicht zu existiren, und hat ein großer Theil der Verkäuferinnen die Thätigkeit eingestellt.

Achtung Metallarbeiter! Anlässlich der Feier 1. Mai wurden bekanntlich in Berlin 500 Metallarbeiter ausgesperrt; dieselben erklärten darauf, eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihnen Gehaltung widerfahren sei. Das Unternehmertum verurtheilt nun, Former, Gießler und andere Metallarbeiter Berlin anzumerben, um die Aussperrten zum Nachgeben zu zwingen. Wir bitten daher, den Bezug nach Berlin fernzuhalten.

Aus Nah und Fern.

Eine schwere Strafe hat der kaiserliche Hofzeremonienmeister v. Kope erhalten. Weil er seinen Kollern v. Schrader auf standesgemäße Art und Weise umgeben hat, hat ihn das Kriegsgericht zu — zwei Jahren Fest verurtheilt. Selbst wenn der Verurtheilte die ganze Strafe abtun müßte, könnte Herr v. Kope behaupten, daß er gnädig davongekommen — denn Festungshaft ist durchaus nicht so unangenehm, als Gefängnißstrafe. Wie lange wird der Herr überhaupt sitzen müssen?

Der christlich-soziale Pastor Nauß aus Gladow nach der „Frs. Ztg.“, am Montag verhaftet worden. Es sollte bei ihm eine Revision der Kirchentassen stattfinden. Darauf theilte Nauß dem Superintendenten mit, daß die angelegte Revision nicht eintreten könne, da die Kirchentasse um 35 000 Mk. zu seinem Nutzen betragen habe. Auf Bericht des Superintendenten an das Konsistorium in Stettin erfolgte die sofortige Anordnung des Nauß.

Eine ganze Familie wahnsinnig geworden. In einem Hause des Bezirks Margarethen in Wien wohnte als Privatier gemeldete Wittwer Alexander Jabran mit drei Töchtern, Therese von 24, Ludmilla von 20 und Leopoldine von 18 Jahren. Ein älterer Sohn, Duschbinder ist, arbeitet auswärts; ein jüngerer Sohn, Heinrich ist seit zwei Jahren im Irrenhause; er billigt sich ein, Napoleon zu sein, leidet also an Größenwahn. So etwas wie Größenwahn scheint auch die übrigen Familienmitglieder ergriffen zu haben, denn sie vernagerten plötzlich die Zahlung des Hauszinses, indem erklärten, das Haus gehöre ihnen; den Hausherrn, den den Gerichtsvollzieher empfangen sie mit Hacken bewaffnet und die schließlich angerufene Sicherheitsmannschaft wurden in gleicher Weise empfangen; erst nach hartnäckigen Kämpfe, in dem zwei Wachmänner verletzt wurden, konnten der Vater und die drei Töchter überwältigt und gefesselt werden. Die Untersuchung ihres Geisteszustandes stellte heraus, daß die drei Mädchen völlig geistesgestäubt; beim Vater liegt vorläufig bloß der Verdacht vor, daß er geistesgestört ist; alle vier wurden in die psychiatrische Klinik gebracht. Die Familie war im Besitz größerer Baarschaften und zahlreicher Werthgegenstände der Wahn, Hausbesitzer zu sein, entsprang also nicht an Mittellosigkeit.

Fritz Friedmann wird ausgeliefert! Das offizielle „Wolff'sche Telegraphenbureau“ verbreitet folgende Nachricht der „Agence Havas“: Der französische Ministerrat beschloß am Dienstag, die Auslieferung Fritz Friedmann zu genehmigen. Die Verhandlungen wegen der Auslieferung haben sehr lange Zeit in Anspruch genommen, genau ein Vierteljahr. Friedmanns Verhaftung durch die Requisition der deutschen Behörden erfolgte am 21. Februar in Bordeaux. Am 9. Dezember war Friedmann in Berlin gestiftet.